

Die „Volksmacht“ erscheint wöchentlich 6 Mal und ist durch die Expedition, Neue Graupenstr. 5/6, und durch Kolonialpost zu beziehen. Preis vierteljährlich 2,50, 1/2 1,25, 1/4 0,62. Durch die Post bezogen 2,50, frei ins Haus 2,92, wo keine Post am Orte. D. V. 3. 1.

Volksmacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Inseratengebühr beträgt für die einseitige Kolonialpost oder deren Platz 40 Pf. Vierteilige Inserate 40 Pf. Doppelte unter Text 1 Pf. Inserate für Werbemittel 15 Pf. Kupongebühren 25 Pf. Vereins- u. Versammlungs-Anzeigen 15 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis Vormittag 9 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon Expedition 1206.

Nr. 25.

Breslau, Mittwoch, den 31. Januar 1912

23. Jahrgang.

Die Wurzeln des Sieges.

Von Karl Kautsky.

Die Zahlen der bei der Hauptwahl abgegebenen Stimmen liegen jetzt für das ganze Reich vor. Sie bestätigen und verstärken den ersten Eindruck. Höchstens insofern bedarf dieser einer Korrektur, als der Mangel an propagandistischer Kraft diesmal nicht den ganzen Liberalismus, sondern seinen rechten Flügel, den Nationalliberalismus, kennzeichnet, der sich erst zur behaupten, seine Stimmenzahl bloß um 35.000 Stimmen vermehrte, um 2 Prozent, bei einer Steigerung der Gesamtzahl der gültigen Stimmen um mehr als 8 Prozent. Die Freisinnige Volkspartei hat besser abgeschnitten, sie wuchs um über 300.000 Stimmen.

Die schwarz-blauen Blockbrüder verzeichnen aber einen direkten Verlust von rund 300.000, bei einer Steigerung der Gesamtstimmenzahl um fast 1 Million. Sie umfaßten 1907 noch 4.638.000, 1912 nur noch 4.333.000.

Der Sozialdemokratie fielen 35 Prozent der Stimmen zu. In Wirklichkeit ist aber der geistige Einfluß unserer Partei auf die Bevölkerung weit stärker, als diese Zahlen bezeichnen. Wenn 35 Prozent der politisch interessierten mündlichen Bevölkerung über 25 Jahren für uns stimmen, kann man wohl annehmen, daß in den 3/4 Millionen junger Leute von 18 bis 25 Jahren die Hälfte auf unserer Seite steht. Unter den älteren proletarischen Elementen gibt es wieder viele, die sozialdemokratisch empfinden, es jedoch nicht wagen, ihr Stimmrecht zugunsten unserer Sache auszuüben. Der Terrorismus durch Ausnutzung aller gottgegebenen Abhängigkeiten, der namentlich auf dem Lande in schamloser Weise geübt wird, richtet sich vornehmlich gegen die Sozialdemokratie. Er raubt uns nicht bloß zahlreiche Stimmen, er zwingt nicht wenige, die im Herzen zu uns gehören, ihr Votum gegen uns abzugeben. Unsere Gegner lieben es, sich damit zu trösten, daß die meisten unserer Wähler nur Willkäufer seien. Konservative und Zentrümmer wären in manchen Wahlbezirken froh, wenn sie Willkäufer hätten. Ihre Wähler sind vielfach bloße Geloten, die nicht freiwillig zur Wahl gehen, sondern von Fremdbürgen dazu gepeitscht werden müssen.

Von den drei großen Parteigruppen, die die Grundrente, den Kapitalprofit, den Arbeitslohn vertreten, ist die letzte heute bereits der Zahl nach in der Bevölkerung die stärkste. Sie ist aber auch die kampffähigste. Sie beherrscht die Zentren des ökonomischen Lebens — fast alle großen Städte sind diesmal schon im ersten Wahlgang unter geworden oder leben die Sozialdemokratie in der Stichwahl. Die Massen, die uns anhängen, sind unter den arbeitenden Massen die intelligentesten und energiegeltesten. Jene Arbeiterelemente, die sich noch von unseren Gegnern als Kanonensfutter mißbrauchen lassen, tun es aus Gewohnheit oder aus Furcht, nicht aus klarer Erkenntnis.

Endlich aber bildet der proletarische Block eine einheitliche Partei, deren Geschlossenheit gelegentliche Meinungsverschiedenheiten nicht zu lockern vermögen. Diese Einheitslichkeit und Geschlossenheit rührt daher, daß das arbeitende Proletariat die große Masse der Bevölkerung darstellt. Nur aus einer einzigen Klasse braucht unsere Partei ihre Massen zu rekrutieren, sie braucht nur ein einziges Klasseninteresse zu vertreten.

Die Interessen des Profits und der Grundrente sind dagegen keine Masseninteressen. Die Besitzenden werden nicht bloß von Jahr zu Jahr immer mehr die Minderheit der Bevölkerung. Sie zerfallen auch in mehrere Gruppen, deren Interessen sich mannigfach kreuzen. Keine dieser Gruppen kann auf der Grundlage ihrer eigenen Interessen allein eine Massenpartei bilden. Jede muß, um Massen anzuziehen, sich den Anschein geben, daß sie Interessen mannigfacher Art vertritt, die gänzlich die ihrigen sind. Und nirgends kann die Gesamtheit der Besitzenden sich in einer einzigen Partei zusammenschließen. Entweder sind die Besitzenden dazu verurteilt, in zahlreiche Parteien zu zerfallen, oder ihre Parteien sind dazu verurteilt, lose Gebilde ohne Disziplin und Zusammenhalt zu bleiben, wenn die Verhältnisse sie zum Zusammenschluß in ein paar große Parteien oder „Blöcke“ führen.

Die reaktionären Parteien ersetzen diesen Mangel einigermaßen dadurch, daß sie sich auf machtvolle, überkommene Organisationen stützen, die Ultramontanen auf die katholische Kirche, die Konservativen auf den Staat. Den Liberalen fehlt diese Stütze, so können sie es nicht zu Geschlossenheit und Einheitslichkeit bringen, werden wie Spreu vor dem Winde hin und her gefegt. Sie predigen uns die Blockpolitik und vermögen nicht einmal unter sich zu einem festen Block zu kommen. Die Stichwahlen scheinen diesmal neue Belege dazu liefern zu wollen. Nationalliberale schiden sich bereits an, nicht bloß gegen sozialdemokratische, sondern sogar gegen fortschrittliche Kandidaten für Konservative einzutreten.

Die Ultramontanen wiederum fühlen den Boden unter sich wanken. Die Stütze der katholischen Kirche genügt ihnen nicht mehr. Sie, die ehemals für diese und mit ihr den Kampf gegen die Staatsgewalt siegreich ausfochten, haben bei der letzten Wahl bereits sehr vernehmlich nach

Gewalt hat das Zentrum groß gemacht, ihm zahlreiche oppositionelle, proletarische Elemente zugeführt, die sich mit der heutigen Staatsgewalt unmöglich versöhnen können. Je mehr das Zentrum die staatlichen Kräfte zu seinem Vorwärtskommen benutzte, desto rascher werden ihm seine proletarischen Hilstruppen davonmarschieren.

Der mehr geschlossene Block der Rechten ist im Rückgang begriffen. Der Block der Liberalen, der nicht an Stimmen verloren hat, zeigt sich ohne Halt, ohne Einheitslichkeit, ohne Disziplin. Weiden gegenüber steht die Sozialdemokratie, eintrug und zahlreicher als je. Das ist die Situation des jüngsten Wahlkampfes.

Welche politische Situation er schafft, das läßt sich erst ersehen, wenn die Stichwahlen vorbei sind. Das Verhalten der einzelnen bürgerlichen Parteien bei diesen Wahlen wird uns einzigen Anhaltspunkt zur Voraussicht dessen geben können, was wir von ihnen im Reichstag zu erwarten haben.

Seute schon aber gestattet uns ein Rückblick auf die Ursachen, denen unser Wahlsieg entsproh, die Probleme zu erörtern, die er dem kommenden Reichstag stellt.

II.

Es unterliegt wohl keinem Zweifel, daß diesmal die Teuerung die Haupttriebkraft der so überwältigenden oppositionellen Stimmung der Massen bildete. Sie allein hätte jedoch nicht zu unseren Gunsten gewirkt. Hohe Preise hatten wir auch schon 1907. Aber damals wirkten sie eher gegen als für uns. Der Unterschied in der Situation liegt darin, daß wir im Januar 1907 noch eine Ära der Prosperität hatten, in denen wir jetzt eine Ära der Krise hinter uns haben, die noch nicht durch einen entschiedenen und länger dauernden Aufschwung unterbrochen ist. Wenn in den Jahren von 1904 bis 1907 die Preise stark stiegen, so erlaubte es der gute Geschäftsgang, daß die Arbeiter, wenigstens die gewerkschaftlich organisierten, ihre Löhne noch rascher steigerten. Sie konnten ihre Lage verbessern, trotz der Teuerung. Das machte manche unter ihnen politisch indifferent. Auf der anderen Seite sahen die kleinen Unternehmer sowie die Festangestellten, die unter der Teuerung litten, deren Hauptursache in den gestiegenen Löhnen, was sie gegen die Arbeiter und gegen deren Partei erbitterte.

Die Krise seit 1907 hat den Aufstieg der Löhne zum Stillstand gebracht. Selbst den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern gelang es nur selten in diesem Zeitraum, erhebliche Lohnaufbesserungen zu erringen; fast nie überstiegen diese das Maß der Teuerung. Die große Masse der Arbeiter sah ihre Lebenslage entschieden verschlechtert. Nicht minder litten unter der Teuerung die kleinen, selbstständigen Leute und die Angestellten. Jetzt aber wurde es ihnen klar, daß nicht die Lohnerhöhungen daran schuld waren, sondern die ökonomische und politische Herrschaft der großen Ausbeuter.

Deren Joch wurde jetzt auch von zahlreichen nicht-proletarischen Schichten immer drückender empfunden. Die regierenden Klassen haben alles aufgebieten, den Druck noch zu verschärfen.

Der glänzende Wahlsieg von 1903 war nicht zum wenigsten eine Folge des energischen Kampfes gewesen, den unsere Fraktion so gut wie allein gegen die Erhöhung der Zölle im Reichstag geführt hatte. Der wirtschaftliche Aufschwung von 1904 bis 1907 schien aber die Auffassung unserer Partei von der Verderblichkeit des neuen Tarifs Lügen zu strafen. Unsere Gegnerchaft gegen ihn wirkte in dieser Zeit bei den Massen durchaus nicht zu unseren Gunsten. Das ist in den letzten Jahren ganz anders geworden. Selbst zahlreiche Kleinbauern leiden heute unter den Zöllen auf Brotgetreide und Futtermittel, ebenso wie die gesamte städtische Bevölkerung. Sie alle erinnern sich jetzt, wie die einzige Partei, die mit aller Entschiedenheit die Durchsetzung dieser Zölle zu verhindern suchte, die Sozialdemokratie war. Das wurde noch mehr ins Licht gesetzt durch die hartnäckige Weigerung der Regierung, auch nur vorübergehend die drückendsten Härten der Kornzölle zu mildern, und besonders erst erud mußte die freie Forderung weiterer Erhöhungen der Agrarzölle durch die Junker wirken. Dabei wird durch die Praxis der Polizei und Gerichte das Koalitionsrecht der Arbeiter immer mehr eingeschränkt, das schon durch die Ausdehnung der Unternehmerverbände immer mehr beeinträchtigt wird. Immer schwieriger wird es für den Arbeiter, sich der Teuerung zu erwehren. Junker und Schatzmacher aber sind nicht einmal damit zufrieden. Sie fordern weitere gesetzliche Erschwerungen des Koalitionsrechtes. Und die Regierung zeigt sich gewillt, sie ihnen zu gewähren. Also Einschränkung des Koalitionsrechtes und höhere Zölle! Das heißt, der deutsche Arbeiter soll nicht mehr mit Ruten, sondern mit Storpionen gequält werden!

Bei der Wahl von 1907 hatte die Zollfrage keine Rolle gespielt. Es waren Stimmwähler gewesen. Die Kolonialfrage war im Vordergrund gestanden. Auch sie hat seitdem ein ganz anderes Gesicht gewonnen.

1907 handelte es sich um die Fortführung des Krieges gegen die Hereros, der keine großen Kosten mehr verursachen ließ. Und welche glänzenden Aussichten sollten dafür die Kolonien uns eröffnen! Den kleinen Bauern,

durch die gesteigerten Bodenpreise erschwert wird, wurde billiges Land verheißen. Den Industriellen, Unternehmern wie Arbeitern, die unter der Teuerung des Rohmaterialpreises litten, billige Rohstoffe, wie Baumwolle und Kupfer.

Alle diese Verheißungen haben sich seitdem als blauer Dunst erwiesen. Dabei hat aber die Kolonialpolitik seitdem eine Eigenschaft in den Vordergrund treten lassen, die sie früher weniger offen zeigte: den Gegenatz, in den sie uns zu England bringt, und seine Folgen.

Hatte es sich 1907 nur um den Krieg gegen die Hereros und dessen Kosten gehandelt, so wären wir diesmal durch die Kolonialpolitik wenige Monate vor dem 12. Januar dicht vor den Weltkrieg geführt worden. Vorher schon aber hatte die Regierung die Neuerung des von ihr verursachten wahnsinnigen Wehrtrübens in der Form einer halben Milliarde neuer Steuern dem deutschen Volke präsentiert. Und daß das nicht langt, ist seitdem schon offenbar geworden.

Auf die Kriegsgefahr hatten manche unserer Gegner gebaut. Sie hofften dadurch den furor teutonius zu entzünden, der sich wieder einmal gegen die vaterlandlose Kaste wenden werde. Aber diesmal verfiel der Hauptintuitiv Kalkül. Die Kriegsgefahr bedeutete ebendies in den Augen der Volksmasse alle Schreden einer feindlichen Invasion. Dagegen gewappnet zu sein, erschien ihr eine dringende Notwendigkeit. Unsere Versicherungen, daß auch wir die Nation nicht wehrlos machen wollten, traute man vielfach nicht. Man hielt sich an das, was die bewährten Feldherren der Armee für notwendig erklärten.

Aber heute steht es ganz anders. Deutschland ist jetzt an Volkszahl doppelt so stark wie Frankreich — und Rußland ist einem Großstaat gegenüber ohnmächtig. Der Gegenatz, der heute den Weltfrieden bedroht, ist der zwischen Deutschland und England, ist einer, der zur See ausgefochten wird, nicht um Reichsland zu schützen, sondern um tropische Sümpfe und Wälder zu gewinnen. Ungeheurer als je sind die Kosten des Einsatzes und winzig — wenigstens für die Volksmasse — der Preis des Sieges.

So hat diesmal der Appell an den Nordpatriotismus völlig verfehlt, der 1887 und auch noch 1907 so gewaltig wirkte. Nie hat unsere Partei energischer als im vergangenen Jahre ihren festen Willen bekundet, allen kriegsrischen Gefährten mit aller Macht entgegenzutreten. Das hatte dazu geführt, daß in unserer Partei die Frage erörtert wurde, ob der Massenstreik ein geeignetes Mittel sei, den Ausbruch eines Krieges zu verhindern. Unsere Gegner haben nicht geblöbert, dies dahin zu verdrängen, daß wir den Streik der Soldaten im Kriegsfall predigten, und daß wir den Streik gegen den Krieg einseitig bloß bei uns predigten, Deutschland wehrlos machen wollten.

Nie vorher hatten diese Ideen in der Wahlagitation eine Rolle gespielt. Es half alles nichts. Trotz alledem hat die Sozialdemokratie eine Million Stimmen mehr erhalten, wie letztes Mal, und die besonders patriotischen Parteien 300.000 Stimmen weniger.

Der Kampf gegen die Teuerung, die Agrarzölle, um das Koalitionsrecht, gegen neue Steuern, die Weltpolitik, das Wehrtrüben, um den Weltfrieden — das ist die Wurzel, der unser Wahlsieg diesmal entsproh. Und damit sind auch die Probleme bezeichnet, die den neuen Reichstag beschäftigen werden, wenn nicht unerwartete Zwischenfälle unerhörte Situationen schaffen.

Das Volk hat gesprochen, nun haben die Parlamentarier das Wort. Der Ausfall der Stichwahlen wird bereits einigermaßen erkennen lassen, welche Mehrheit wir zu erwarten und wessen wir uns von ihr zu versehen haben.

Aber wie immer die Reichstagsmehrheit sich gestalten mag, die Partei der vier Millionen wird von dem herrschenden Regime nicht ignoriert werden können. Es muß ihr entweder Konzessionen machen oder den Krieg aufs Messer erklären.

Wir werden die Gewinnenden sein in dem einen Falle wie in dem anderen. Denn die Klasse, deren Interessen unsere Partei vertritt, ist die einzige, die stetig wächst. Und in allen Fragen, die auf der Tagesordnung stehen, um die sie auch der Wahlkampf drehte, vertreten wir mit den Interessen des Proletariats auch die der gesamten Nation. So kann es nicht lange dauern, und die große Mehrheit steht hinter uns. („Neue Zeit“.)

Politische Uebersicht.

Rüstungen und Steueriragen.

Noch sind keine drei Jahre seit dem großen Steuerraubzug ins Land gegangen, und schon wieder erhebt sich die Frage: Woher Geld nehmen für Flotte und Militär? Trotz der fürchterlichen Warnung vom 12. Januar will die Regierung das gewissenlose Spiel des Wehrtrübens weiter fortsetzen, und zur Verwirklichung ihrer Pläne reichen, wie allgemein behauptet wird, die im Jahre 1909 bewilligten Steuern nicht mehr aus.

Schon hat auch wieder in der Presse das große Steueriragen begonnen. Man wagt es nicht, neue indirekte

Versteuerung des mobilen Kapitals, auf liberale die Wiederherbringung der Erbschaftsteuer, für die man jetzt durch die Neuwahlen eine Mehrheit gesichert zu haben glaubt.

Wiel zerbricht man sich auch den Kopf darüber, wie sich die neue sozialdemokratische Reichstagsfraktion zur „Redungsfrage“ verhalten werde. Nun ist die sozialdemokratische Fraktion noch nicht zusammengetreten, die Steuerentwässer sind auch noch nicht da und ihr Verhältnis zu den neuen Steuer- und Flottenvorlagen ist unklar. Daß die Sozialdemokratie alle neuen Maßnahmen auf das allerentschiedenste bekämpfen wird, ist selbstverständlich, und ebenso selbstverständlich ist, daß sie die Einführung neuer indirekter Steuern nicht zugeben wird. Dagegen wünscht sie dringend die Einführung von Einkommen-, Vermögens- und Erbschaftsteuern zum Ersatz der bestehenden Konsumsteuern und zur Bekämpfung wichtiger sozialer Kulturbedürfnisse, die der kapitalistische Mittelstand ignoriert.

Die Sozialdemokratie verlangt ferner volle gesetzliche Sicherheit, daß die Kosten eines etwaigen Krieges nicht den breiten Massen des Volkes, sondern den tragsfähigen Schultern der Besitzenden aufgebürdet werden. Je mehr die bestehenden Massen zur Tragung der Kriegs- und Rüstungskosten herangezogen werden, desto mehr schwindet ihre Bewilligungsfreudigkeit und Kriegslust.

Die Sozialdemokratie kann demnach das alte System nicht billigen, das auf jedes durch den Militarismus in den Staatsjüdel gerissene Loch eine neue Steuer sticht. Kann sie eine neue Belastung der Finanzen durch Steuer- und Flottenausgaben nicht verhindern, und tritt infolgedessen die Steuerfrage abermals an das Reich heran, dann muß sie verlangen, daß endlich ein entscheidender Schritt zum Besseren gemacht wird. Es darf den bestehenden Massen nicht gestattet werden, daß sie sich mit einem Kriemgeld von den „patriotischen Pflichten“ loskaufen, von denen sie so gerne reden und die sie so ungern betätigen.

Jetzt spricht man von einem Bedarf von 75 Millionen Mark, den die Reichsassen fordern, nachdem man 400 Millionen Mark den Armen auferlegt hat. Eine erbliche Erbschaftsteuer nach englischem Muster bringt aber nicht 75, sondern 450-500 Millionen Mark. Ihr Ertrag würde dazu ausreichen, alle indirekten Steuern abzuschaffen, oder die Sozialversicherung auszubauen, die Arbeitslosenversicherung einzuführen. Es ist nicht einzusehen, warum das Reich hier, wo es den Reichsassen gibt, auf einmal zimperlich werden soll, nachdem es sich noch stets, wo es den Armen gibt, im Zugreifen äußert munter gezeigt hat.

Was die Sozialdemokratie will, ist also dies: Keine neuen Rüstungen, aber neue, den Besitz belastende Steuern zur Entlastung der Schwachen, zur Redung von Kulturbedürfnissen. Und damit ist wohl auch die Linie gegeben, auf der die neue sozialdemokratische Reichstagsfraktion operieren wird. Ganz so einfach, wie manche liberale Freunde der Erbschaftsteuer träumen, liegt die Sache also nicht! Unter diesen liberalen Freunden gibt es sehr viele, die die Erbschaftsteuer von 1909 nur deshalb ließen, weil sie klein war, die sich aber mit Schreck und Entsetzen von ihr abwenden werden, wenn sie größer wird. Die Sozialdemokratie wird aber auf die Portemonnaiegefühle ihrer Nachbarn zur Rechten ebensobald Rücksicht nehmen können wie auf den legendarischen Familienfuss der Herren vom schwarz-blauen Block.

Rüstungen bedeuten Volksbelastung!

Dies wird offen von der „Deutschen Zeitung“, dem Organ der Mittelständlichen und Militärischen, offen zugegeben. Sie bracht unsere Jenaer Stichwahlbedingungen ab, deren zwei letzte lauten:

Sturmflut.

Roman eines russischen Barrikadenkämpfers von M. A. Tschibajew.

In Deutsche übertragen von Adolf G. E. B.

10]

Sofort nach diesen Worten kreiste ein unfaßbarer, unersaglicher Gedanke wie eine Maus in der Mausfalle hurtig und immer deutlicher in seinem Sinn und suchte alle möglichen Schlüsse und Wendungen. Als er bereits deutlich begriffen hatte, daß alles tatsächlich so sei, und daß er morgen nirgends hingehen würde, wußte Sarnitzki doch noch immer nicht, was er begreifen würde, sondern er war sehr überzeugt, daß ein Mann wie er überhaupt nicht auf den Gedanken kommen könnte, sich beiseite zu halten. Es war gerade, als wenn sein Denken den inneren Zusammenhang verloren hätte und jeder Teil seines Geistes auf eigene Faust arbeitete. Dieser Wirrwarr blieb schon entfernt dem Wahnsinn.

In seiner Brust aber bohrte ein heulendes Schamgefühl und immer über den jetzt für immer verlorenen Glauben an seine Schönheit und Überlegenheit über alle Menschen. Sarnitzki wollte weinen, jemandem um Mitleid bitten und sich beklagen, als wenn man ihn ungerecht gekränkt hätte; wollte mit dem Kopfe gegen die Wand rennen, sich mißhandeln wie ein erbärmliches, niedriges Geschöpf. Er dachte sich seine eigene Gestalt mit zerfetzten, beschnittenen Haaren aus, und dieser Gedanke bereitete ihm qualvollen Gram.

Sarnitzki blieb mitten im „Wasart stehen und bestete seine eingefallenen, weit offenen Augen auf die Wand.“

„Aber wie kann man dann noch leben?“ fragte er sich seufzungslos und verzweifelt.

„Das geht nicht!“ antwortete sein erster Gedanke, und es wurde ihm ganz klar, daß er sich niemals wieder so schön und glücklich wie früher fühlen und seiner Umgebung nie mehr in die Augen würde sehen können.

Vielleicht könnte er irgendwo hinziehen, wo niemand ihn konnte — verdrängt den ersten Gedanken schon ein zweiter, und gleichzeitig wurde ihm klar, daß er unmöglich forscht, daß sein Leben keinen Sinn mehr hätte, und daß er dennoch weiterleben müsse.

„Aber Schicksal trat ihm auf die Stirn und sein Gesicht verzerrte sich.“

„Sieher nicht denken“, sagte er sich, „wenn denn die Lampe und ging in sein dunkles Schlafzimmer. Aber tausend Gedanken drängen von allen Seiten auf ihn ein, wie die Flammen, die hinter der Lampe heulen. Er prechte kampflos die Hände zusammen und tat, als würde er vom Ausziehen der Stiefel nach der Seite ganz in Empörung geraten, so daß er sich dem fortwährend und lautlos wiederholte: Ich denke gar nicht daran, diese Welt zu verlassen.“

Gegen jede Erhöhung oder Neueinführung von Zöllen auf die Verbrauchartikel der großen Masse; Gegen jede Neueinführung oder Erhöhung indirekter Steuern auf Verbrauchartikel der großen Masse.

Dann schreibt das Blatt:

„Niemand ist also kein mit sozialdemokratischer Hilfe gewählter Abgeordneter in der Lage, Deeres- und Flottenvorlage zu bewilligen, denn die Regelung der Redungsfrage ohne die in den beiden letzten Punkten verordneten Bewilligungen ist nach Lage der Dinge im Reich undenkbar. Solche Abgeordnete scheiden mithin von vornherein aus der Reihe der nationalen Volksvertreter.“

Also Rüstungen dürfen nach „Vatrioten“meinung nicht von den Reichsassen gedeckt werden. Immer soll das Volk bezahlen!

Die Erwartungen der „Post“ vom neuen Reichstage.

Das Organ der fast völlig aufgeregten Reichspartei, die „Post“, stellt am Morgen nach dem letzten Stichwahltag eingehende Betrachtungen über den neuen Reichstag und seine Arbeitsfähigkeiten und Arbeitsmöglichkeiten an. Der schwarzblaue Block ist vernichtet, das besteht die „Post“ resigniert zu: „Mit mindestens neun Stimmen Mehrheit steht im neuen Reichstage der Block von Bismarck bis Debel dem sogenannten schwarz-blauen Block gegenüber.“ Wenn sich die „Post“ mit dieser Tatsache abfinden muß, so verzichtet sie ebensobald einmal darauf, nun blindlings auf die neue Mehrheit loszuschimpfen. Sie untersucht vielmehr ziemlich nüchtern, was die Mehrheit wohl zustande zu bringen vermöge. Eine zielklare, praktische Politik wird sich nach der Meinung des reichsparteilichen Blockes nicht machen lassen. Die Linke sei kein einheitliches, festes Gebilde, und auch die Reichsparteien, Zentrum und Konservativen, seien keine einheitliche Masse. Das Charakteristikum des neuen Reichstaates sei somit das Fehlen einer festen, ausstrahlenden Mehrheit, die wohl arbeitssähig sei, die aber jene „arbeitsfähige“ Mehrheit nicht zu machen vermöge, die die „Post“ von einem nach ihrem Herzen gerichteten Reichstage voraussetzt. Der Reichstag werde wohl die für Heer und Flotte angeforderten Mittel nicht ablehnen, werde auch die Kolonialpolitik nicht aufgeben; aber eine wirklich durchgreifende, nachringende Deeres-, Flotten- und Kolonialpolitik werde von diesem Reichstage nicht zu erwarten sein. Nicht minder betrüblich sähe es in den anderen nationalen Fragen, in der Polen-, Dänen-, Welfen- und Welschfrage aus.

„Nach schlimmer“, so lautet die „Post“ wörtlich, „in geradezu verhängnisvoller Form die Zusammenkunft des Reichstages auf unsere Sozialpolitik einwirken; der uneren Interessen, wie uneren Gewerbe zu romanisieren, von der Reichsregierung geplante Schutz der Arbeitswilligen kann man nicht von vornherein als abgelehnt gelten. Gegen rund 110 Stimmen der Sozialdemokratie, rund 60 des Liberalismus und ungefähr 20 Stimmen des Zentrums (so viel hätten wohl abzuwarten), würde jene bevorstehende Vorlage oder auch nur der Versuch einer solchen Vorlage glatt erledigt sein. Und was auf der anderen Seite diese sozial utopistische Mehrheit der Industrie für neue Lasten aufzubringen vermag und wahrscheinlich auch aufzubringen wird, mag die Zukunft erweisen.“

Verhängnisvoll ist die „Post“ in der Frage der Wirtschaftspolitik. Vermittelt werde aber die Lage sofort wieder, sobald die Steuerfrage ins Spiel käme. Es liege nahe, daß man auf die Erbschaftsteuer zurückgreifen werde.

„Würde die Regierung freilich in dieser Frage Entgegenkommen zeigen, ohne sich vorher über die zustimmende Haltung der Konservativen und des Zentrums vergewisser zu haben, so könnte dadurch eine ernste Krise über den Reichstag heraufbeschworen werden, da es noch nicht als ausgemacht gelten kann, daß die Sozialdemokratie eine Steuerbewilligung die ausgeprägten Interessen lediglich zur Verteidigung einer Forderung dienen soll, welche sie abgelehnt hat.“ (Deeresvorlage.)

Mit einer reichlichen Dosis Hohz verichert dann allerdings die „Post“, sie glaube nicht, daß Bismarck-Holzweg der sein Freund von Krisen sei, Konflikte mit den Parteien haben werde.

Er würde einen Reichstag, mit dem man nach seiner Ansicht über den Parteien stehend arbeiten könnte, und das werde für ihn die Hauptache sein. Daß er dabei manchen Wunsch zurückstellen, manche Vorlage dem Wille der Parlamentarier ändern müsse, das könne ihm, der vielleicht nicht in Parlamentärkreisen „goutvolle Abhängigkeiten“ erblicke nichts verschrecken; die Regierung habe ja bereits Übung in solchen Dingen. In den Fingern ließen sich die Beispiele abzählen, in denen sich ihr unpolitisch schroff „Unannehmbar“ in ein lebenswürdiges „Wie es Euch gefälligst gewandelt habe.“ Daß der schwächlichen Kraftlosen Haltung der Regierung befände man sich mitten in der Umwidmung zum parlamentarischen Herrschaftssystem, bei dem nicht nur ein Stück der Regierungsgewalt nach dem anderen, sondern auch ein Stück der Kaisergewalt nach dem anderen abbedeckte.

Die Verpöchtel, die die „Post“ dem neuen Reichstag eröffnet, dürfte im allgemeinen ziemlich zuträglich sein, nur daß das, was sie mit tiefem Schmerz beklagt, von anderer Seite als ein wesentlicher Fortschritt begrüßt wird. Die Nennungen dürfen wir von dem Eingekändnis der Reichsversammlung nehmen, daß die Zukunftsvorlage allein schon durch die Vernichtung des schwarz-blauen Blockes von vornherein abgelehnt ist. Und wie mit der Zukunftsvorlage, wird es auch mit manch anderem reaktionären Wunsch sein: Er wird, weil die Erfüllung ausgeschlossen erscheint, garnicht erst in Form einer Gesetzesvorlage das Licht der Welt erblicken. Mehr aber sollten die Reichstagswahlen auch nicht bringen; sie sollten einen Damm aufstücken gegen die vorwärtsdrängende Reaktion, und ist die aufgehalten, dann wird auch ein demokratischer Fortschritt und eine Ausdehnung der Volksherrschaft möglich sein.

Beismann und die Schwarzblauen.

In der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ verteidigt sich Herr v. Beismann-Holzweg in etwas weinerlichem und gereiztem Tone gegen den Vorwurf, den Schwarzblauen im Wahlkampf nicht genügend zu Hilfe gekommen zu sein. Er erklärt die Verluste, der Regierung die Schuld an dem Ergebnis zuzurechnen, für unberechtigt.

Die Bemühungen der Regierung sind dauernd und zwar nicht erst seit der Eröffnung der eigentlichen Wahlkampagne, darauf auszugehen die Bezugsliste unter den bürgerlichen Parteien auszuwählen und sie auf den gemeinsamen Boden des Nationalen Sozialismus zurückzuführen. Wenn diese Bemühungen an der Wahlprüfung der Parteien gescheitert sind, so rüft die Schuld jedenfalls nicht die Regierung. Sollte sie in dem Streit um den uneren Wert der Reichsreform für die eine oder andere Seite Partei ergreifen, so hätte sie ihre Verluste von vornherein zur Rücksichtlosigkeit verdammt. Wohl aber war es in der Richtung ihrer Aufgabe, die für die Reichsreform auszuweisen. Gerade die Reform mit Rücksicht darzutun, konnte sie eintreten waren. Daß dies bei jeder Gelegenheit und noch bis in die letzten Tage der Reichstagsession hinein geschehen ist, kann nicht bestritten werden.

Der zweite Vorwurf, daß die Regierung es an Entschiedenheit in ihrer Stellung zur Sozialdemokratie habe fehlen lassen, ist nicht minder haltlos. Die Auffassung der Regierung ist vor den Hauptwahlen wie vor den Stichwahlen mit völliger Klarheit zum Ausdruck gekommen. In ihr liegt die Schuld also nicht, wenn die bürgerlichen Parteien sich zur gemeinsamen Unterstützung der Sozialdemokratie nicht zusammengelassen und die Regierung mit ihren Bemühungen um die Einigung des Reichstages allein gelassen haben. Gerade in der gegenwärtigen Zeit sollten sich die Parteien, die für die Stärkung der Staatsautorität eintreten, solcher unbilligen Vorwürfe gegen die Regierung enthalten.

Der Ton dieser Verteidigung zeigt abermals, wie empfindlich Herr v. Beismann gegen alle Kritik von Seiten der Rechten ist. Wie in seiner Auseinandersetzung mit Herrn v. Scheidebrand versichert er abermals, daß die Angriffe der Rechten der Regierungsgewalt schädlich seien,

in es gar nicht so schrecklich ... und schließlich erweise ich mich als Held ...

Sobald er sich aber hingelagert hatte und unter der weichen Decke auf dem lauberen, angenehmen frischen Kissen lag, wurde er, er dachte er sich sofort darüber, daß er an „Jenseit“ ja nicht denken dürfe, und folglich keinen Gedanken an andere Richtung geben müsse.

Derger ergriff ihn, und dann dachte er, daß ihm, wie stets, die Beschäftigung mit jenem Hörer Erleichterung verschaffen würde. Also fand er sich sofort auf und ging har und häßlich wie immer in das Zimmer des Mädchens Tania.

Hier brannte eine kleine Lampe; es war gemütlich, und das Zimmer machte einen lauberen, schützenden Eindruck. Tania schlief bereits und sah im Schlaf einem Dienstmädchen durchs offene Tür an. Das Dienstmädchen, das Sarnitzki ihr gekauft hatte, ließ ihre runde braune Schürze frei und verlieh ihr ein ärmliches, wallendes Aussehen. Als Sarnitzki zu ihr trat, wachte sie auf, öffnete die dunklen, schwarzen Augen und lächelte ihn ganz eigenartig mit dem Blick der Untergebenen und der Jüdischer eines weiblichen Lebens an, das sehr wohl weiß, wie notwendig und begehrt sie ist. Ein sonderbarer verwirrter Duft von reinen Wästen, einem schlafenden Mädchen und etwas Wohlwollendem wehte Sarnitzki an. Er empfand plötzlich die gewohnte ungewohnte Verwirrung, verpackt alle Gedanken und Qualen und wachte sie auf ihr weiche, elastische, kammförmliche Brust, wobei die ganze Haut ihres jungen, kräftigen Körpers unter seinen kalten Fingern unwillkürlich zusammenzuckte.

Wie stets qualte er das junge, ergebene, ihn vergötternde Weib lange, und als er in sein Zimmer zurückkehrte, ließ durch seinen ganzen Körper, durch die Hände und Füße und selbst das Gehirn ein Gefühl angenehmer leiblicherer und gleichzeitig matter, glücklicher Trägheit.

Er reichte sich behaglich in seinem kalten Bett aus und dachte langsam und träge nach.

Es blieb doch noch viel Schönes im Leben ... Was auch immer kommen mochte ...

Von der früheren, unfaßbaren, erschütternden Bestenheit war keine Spur übrig geblieben. Seine Gedanken gruppierten sich rund um folgerichtig. Alles erschien ihm einfach und durchsichtig nicht schrecklich. Der Körper, den er eben gekostet hatte, gab ihm das Mittel an die Hand, sich und sein Inneres zu beruhigen.

Was auch immer geschieht, wenn ich getötet, erschossen werde, werde ich niemals, wenn ich eigentlich zugrunde gelebe. Was geht mich dann der Sieg der Revolution an? Ich bin der Mittelpunkt des Weltalls, alles existiert für mich nur inoffen, als ich selbst existiere; mit meinem Tode verwindet alles. Das heißt, ich habe einen Unwille nachgelassen, mich einem Schicksal zu ergeben, der nach meinem Tode nicht mehr vorhanden ist. ... Darin liegt keine Feigheit, sondern einfach Logik. Die Welt wird von den anderen, die Schicksal und Verurteilung hat in sich.

heit. Ich will einfach nicht sterben, um keinen Preis, und werde auch nicht. Die anderen, die da zugrunde gehen, sind einfach Toten, weiter gar nichts. Daraus sagt, das Leben sei ein Kampf mit dem Tode, und das Ziel des Lebens beruhe in der Erlangung der Freiheit. ... Ich will aber nicht sterben, weil frei sein, mit dem Tode und der Meinung anderer kämpfen, also bin ich im Recht ...

Er ahnte erleichtert auf und faltete die Hände müde und ruhig unter dem Kopf.

Einen Augenblick bedachte sich ein trauriges Gefühl in ihm: Es war, als wenn er etwas Verleses, Teures, an das er bislang geglaubt und auch jetzt noch glaubte, aus seinem Leben herausgetrieben hätte.

„Ich töte einen Teil meines Lebens ... das heißt, ich kämpfe nicht mit dem Tode, sondern mit dem Leben ... dem Leben, das mich stets erweist, mich küßt und frei von jeder Furcht gemacht hat ...“

Dann unterbrach er sich.

„So kann man alles nach allen Seiten drehen und wenden ...“

„... Tüftelei, weil gar nichts; das Leben bleibt Leben und der Tod Tod ...“

Wichtig erlang in der Dunkelheit ein Ton, und es war, als wenn in der Ferne ein dumpfer Schuß hallte. Sarnitzki erhob schnell den Kopf.

Alles war ruhig, aber in der Luft lag etwas Unruhiges, Erwartungsvolles. Sarnitzki setzte sich im Bett hin und horchte, hörte aber nur seinen unruhigen Herzschlag. Ringsum lag unbewegliche, dicke Finsternis.

Anfangs war alles still, dann drang unten von der Straße ein behaglicher Wind herauf. In der Nähe nahm zu und wusch, Sarnitzki stand schnell auf und lief in kloßen Schritten über den kalten Fußboden zum Fenster. Er stieg auf einen Stuhl, öffnete das Klappfenster und lehnte den Kopf auf die Straße hinaus.

Früher Frühlingwind, der vom Meere herüberwehte, brachte über seinen warmen Kopf und die Brust. Die Zähne klapperten, und über den Rücken lief etwas Kaltes und Unangenehmes. Alles war öde und still; gegenüber standen die dunklen Häuser mit schwarzen Fenstern wie ausgestorben.

„Es war mir doch so ...“ dachte Sarnitzki. „Da erkläre man sich noch!“ ... Er schloß das Klappfenster, legte sich wieder hin und konnte das unangenehme, frostige Fitteln lange nicht los werden. Dann schlief er ein und lag bis zum Morgen in einem schweren, ungesunden Schlaf, in dem alles, was er am Tage gesehen und gedacht, sich zu krankhaften, jagenden Erscheinungen verdichtete und ganz seltsame Formen annahm.

Am nächsten Morgen erwachte er mit schwerem Kopf, häßlichem Schweiß auf der Stirn und überaus Müde. Der Tag war angebrochen, der entweder sein Leben enden oder an dem er schließlich demütigende Schmach auf sich nehmen würde; er wußte nicht, was er tun sollte.

er verlangt von den Konservativen, daß sie einfach gub-

bernalment sein sollen. Einstweilen legt aber die Rechte ihre Angriffe weiter fort. In der „Kreuzzeitung“ veröffentlicht der Herrnhäus-

ler Graf Mirbach-Sorquitten eine förmliche mit Dokumenten belegte Anklageschrift, worin die Regierung beschuldigt wird, durch zu lässige Verteilung der Reichsfinanzreform die Wahl der 110 Sozialdemokrat-

en verschuldet zu haben. Dieser Streit der geschlagenen Selbstherrn verpricht noch recht interessant zu werden. Fast sieht es so aus, als ob die Junker auf den Sturz Bethmanns hinarbeiten in der Hoffnung, daß dann ein Mann nach den Wünschen des Grafen Noen aus Ruder gelangen werde. Wir können auch dieser Möglichkeit mit Ruhe entgegensehen in dem Vertrauen, daß die 110 starken Männer des Reichstags nebst den 4 1/2 Millionen starker Männer im Lande es verstehen, mit diesem einen starken Mann fertig zu werden.

Herr v. Bethmann sollte aber im Interesse seiner Stellung endlich einmal aufhören, seine Gesinnungstüchtigkeit gegenüber der Sozialdemokratie zu beteuern. Er hat der Sozialdemokratie das allgemeine, gleiche Wahlrecht für Elbst-Lothringen konzediert und kassiert die Hilfe der Sozialdemokratie beim Zustandekommen der Verfassung in Anspruch genommen. In Zukunft kann er noch öfter in eine ähnliche Lage kommen. Was soll das Gesetz gegen die bürgerlichen Parteien, die bei den Wahlen in der gleichen Weise operiert haben, wie die sozialdemokratische Verfassung?

Der Streit im Zentrum.

Raum ist die Wahlkraft geschlagen, so beginnt der innere Kampf im Zentrum aufs neue. Die im Interesse der rein päpstlichen Richtung gegründete „Kölnner Korrespondenz“ tritt den Versuchen der Zentrumspreffe, die Niederlage zu verkleinern, offen entgegen. Sie streut Pfeffer und Salz in die offenen Wunden. Das Zentrum, schreibt sie, hat 10 Siege verloren, und es wären ihrer 11 gewesen, wenn nicht der von „Kölnern“ heftig bekämpfte Graf Oppersdorff einen unsicheren Wahlkreis erobert hätte. Das Zentrum habe kein Recht, den Liberalen aus ihrem Zusammengehen mit den Sozialdemokraten einen Vorwurf zu machen, da es doch 1907 mancherorts ebenso gehandelt hätte. Dann heißt es wörtlich weiter:

Machen wir uns doch keinen Tusch vor! Unsere katholischen Männer stimmten nicht deshalb für das Zentrum, weil das Zentrum dem deutschen Volke hunderte von Millionen neuer Steuern vollerte, weil es Schiffe bewilligt und den Interessen ausgleich predigt, sondern die Wähler stimmten für das Zentrum, weil sie Katholiken sind und in der Partei die wichtigste Vertretung ihrer katholischen Grundzüge ersehen. So war es vor 10 und 20 Jahren, so ist es heute. Wenn nun den Leuten immer vorgerebet wird, das Zentrum stehe nicht auf katholischem Standpunkt, wenn man mit wahrer Euth auf die eigenen Lösshaut, die meistens den ordnungsfähigen „Einfluss“ mit den katholischen Prinzipien im Zentrum gewahrt wissen wollen, dann kann es nicht ausbleiben, daß sich immer mehr vom Zentrum abwenden. Wo die religiösen Motive wegfallen, da bleiben die wirtschaftlichen Momente übrig. Die Wirtschaftspartei aber, die das Zentrum sein soll, hat ein gründliches Fiasko erlitten u.

Es war vorauszusetzen, daß die Niederlage des Zentrums eine Verschärfung der inneren Streitigkeiten unvermeidlich machen würden. Die Wiederaufnahme des Kampfes nach den Wahlen war übrigens von den Päpstlichen vorgesehen. Die Schonekt für die Kölner und die ihnen nahestehenden christlichen Gewerkschaften ist vorüber. Und Herr v. Kiderler-Wächter wird beim Papste zum Handluff nicht einmal vorgelassen!

Revolutionäre im Frack!

Die „Kreuzzeitung“ kommt am Sonntag in einem geradezu unheimlich langen Artikel noch einmal auf die Wahlen zurück. Die Liberalen bezeichnet sie als „Revolutionäre im Frack“ im Gegensatz zu den Revolutionären im Kittel. Dann legt das Junkerblatt dar, wie sehr das deutsche Reich sich auf der schiefen Ebene befindet. Der erste Akt waren die Novemberdebatten im Jahre 1908, der zweite Akt war die Zustimmung, eine Witwen- und Waisensteuer zu bewilligen, der dritte Akt waren die Reichstagswahlen; dann heißt es:

Wir können nicht wissen wann der entscheidende vierte Akt einsehen wird. Aber daß wir von diesem Reichstage keine Förderung der monarchischen Gesinnung und keine Stärkung der monarchischen Gewalt zu erwarten haben, steht fest. Die Sozialdemokratie als größte Fraktion wird den Präsidenten zu stellen haben, vielleicht wird das ganze Präsidium nur Männer in den verschiedensten Schattentönen von Rot aufweisen. Eine Fraktion von 110 Mann wird Initiative entwickeln müssen, sie wird mit ihren Reden idlich das Haus und alle Zeitungen füllen, die fortschrittlichen Trabanten im Hause und in der Presse nicht zu Atem kommen lassen und Reformpläne entwickeln, bei denen sich den Herzen am Regierungsnische die dauernde Anwesenheit des allein verantwortlichen Reichstanzler fordern, und sie wird nötig sein. Die Redefreiheit wird unter einem Präsidenten aus der eigenen Partei keine Grenzen mehr haben. Aus alledem kann sich eine Temperatur entwickeln, die eine Explosion bewirkt.

Die „Kreuzzeitung“ wird sich schon in Geduld fassen und abwarten müssen, wie die Dinge sich entwickeln werden. Es wird an der Regierung liegen, dem Reichstag brauchbare Gesetzesvorlagen vorzulegen und endlich mit der so viel versprochenen Sparsamkeit zu beginnen. Jedenfalls wird die sozialdemokratische Fraktion alles tun, um zu verhindern, daß die bürgerlichen Parteien wieder neue Ausgaben beschließen und damit die Kosten dieser Ausgaben den Massen in Form von indirekten Steuern auferlegen. Daß die Konservativen davor ein gelindes Grauen haben, ist bei der bisher gezeigten Steuersehen wohl zu begreifen, aber schließlich wird ihnen schon nichts anderes übrig bleiben, als daß sie in ihren gefüllten Geldbeutel greifen und auch einmal etwas zu der von ihnen so oft gepriesenen Herrlichkeit des Reiches beitragen.

Die Fraktionsstärke der Parteien

bei den Reichstagswahlen seit 1890:

	Wahl 1890	Wahl 1893	Wahl 1898	Wahl 1903	Wahl 1907	Wahl 1912
Nationalliberale	42	53	47	50	56	44
Ev. Bauernbund (nall.)	—	—	—	—	—	2
Kathol. Volksp. (nall.)	76	49	50	38	47	42
Sozialdemokraten	35	44	58	81	103	110
Zentrum	106	98	107	103	108	93
Konservative	73	72	56	52	80	43
Reichspartei	20	29	23	20	23	14
Wirtsch. Vereinigung ¹⁾	—	—	—	—	20	10
Deutsche Reformpartei	5	16	18	11	6	8
Gläubiger	10	8	10	—	—	5
Polen	16	19	14	16	20	18
Weiten	11	7	9	3	1	5
Slaven	1	1	1	1	1	1
Narr. Bauernbund (lib.)	—	—	8	6	8	2
Lothringier	—	—	—	4	3	2 ^{*)}
Parteilos	—	9	13	3	4	3 ^{*)}

¹⁾ Die heutige Fortschrittliche Volkspartei umfaßt die früheren drei Parteien: Freisinnige Volkspartei, Freisinnige Vereinigung und Sozialistische Volkspartei.

²⁾ Die Wirtschaftliche Vereinigung setzt sich aus Deutsch-sozialen, Christlichsozialen, konservativen Bauernbündlern und Mittelständlern zusammen.

³⁾ Darunter der Hg. Windel, den sich die Fortschrittliche Volkspartei zugehört. Eine Erklärung Windels ist noch nicht erfolgt.

⁴⁾ Darunter Dr. v. Herrnsheim, den die Nationalliberalen als Postulanten führen. — Der weitere als parteilos bezeichnete Abgeordnete Warmuth nall. der Reichspartei als Postulant betreiben, jedoch als „Wähler“ nur noch Postulanten übrig bleibt.

Christus ob. er. sich für Zentrumswahlen. Bis zu welchen Unverständlichkeiten sich der zentrumliche Religionsmißbrauch verheißt, dafür liefert ein Beispiel die „Monita, Zeitschrift für katholische Mütter und Frauen“, die in Donaueschingen erscheint. Redigiert wird das Blatt von Sigmaringer Kaplänen, und die schreiben sich, wozu und mehr als frei in ihre leider nur zu sehr verbreitete „Hausfrauenzeitung“:

„Wenn jede liebe Leserin für den Sieg des Zentrums eine heilige Messe lesen läßt, so gibt das eine unabsehbare Zahl! Und in jeder dieser heiligen Messen opfert Christus sich selbst durch die Hände des Priesters dem himmlischen Vater auf für den Sieg seiner Kirche. Uns aber, die wir ein ihm sehr wohlgefälliges Werk tun, schenkt er sein kostbares Blut, für unser Volk. Gehen wir, wenn wir eifrig sein wollen, noch den täglichen Rosenkranz hinzu, und Gott wird uns durch seinen vielgeliebten Sohn und dessen hochgebenedete Mutter zum Sieg verhelfen.“

Was sagt die „Monita“ jetzt dazu, daß Gott trotz aller heiligen Messen und Rosenkranze 10 wackelige Zentrumswähler durchplumpen ließ?

Recher leider gewählt. Nach amtlicher Feststellung erhielten im Wahlkreis Schwedel-Orbelangen bei der Stichwahl am 25. Januar v. Kröcher (kons.) 13 485, Dr. Böhm (bei seiner Fraktion) 13 144 Stimmen. v. Kröcher ist somit gewählt. Der Bauernbund will aber wegen vieler Unregelmäßigkeiten gegen die Wahl Protest einlegen und der Reichstag wird den Herrn hoffentlich schnell wieder an die Luft setzen.

Der gratulierende Schymann. Im Ratsteller in Dessau gratulierte ein städtischer Schymann dem sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Wolfgang Heine zu dessen Wahlsieg in Anhalt I. Die Behörde erhielt davon Kenntnis, worauf der Mann sofort vom Amte suspendiert wurde. Kleinliche Mache! Der Mann wird nicht untergehen, dafür ist georgt, aber die übrigen Gesinnungsangehörigen im Uniformrock werden nun vorsichtiger sein. Ihre Gesinnung geben sie deshalb nicht auf.

Das Zentrum, der Reichstag und der Kaiser. Die „Märkische Volkszeitung“, der verarbeitete Abieger der „Germania“, erblickt in dem Ausfall der Wahlen die Gefahr eines wirtlichen Großblockes im Reich. Damit hält das Zentrumblatt die monarchische Grundlage des Reiches für gefährdet. Der Kaiser sei über den Wahlausfall so bestürzt, daß er den Reichstag gar nicht persönlich eröffnen wolle und wenn es dem Reichstanzler nicht gelinge, die Sozialdemokratie aus dem Präsidium des Reichstags fernzuhalten, dann könne er das frohe Wanderlied anstimmen. Der Artikel schließt: „Wir können deshalb die Grenze zwischen der Regierung und dem Zentrum nicht scharf genug ziehen und markieren.“ — Offenichtlich handelt es sich hier bloß um einen Fühler, denn die „Märkische Volkszeitung“ ist eines der Organe, die das Zentrum, wenn es nötig ist, rasch einmal verleugnen kann.

Kaisergeburtstagsfeier mit konservativer Revolutschiererei. Aus Königsberg meldet die „V. Z.“: In Tapiau, wo der unterleutnante fortschrittliche Kandidat Wagner Bürgermeister ist, hielten die Konservativen am Geburtstage des Kaisers ein Kaiseressen, getrennt von den übrigen Wählern, ab. Der Anstaltsarzt Dr. Reiner, der in dem Hause wohnt, in dem das Bürgeressen, mit Wagner an der Spitze, stattfand, feuerte nach 2 Uhr, als er von der konservativen Feier heimkehrte, durch den Lärm gereizt, zwei Schüsse in den Saal. Glücklicherweise wurde niemand verletzt. Was der echte, allein wahre Patriotismus alles zuwege bringt! Mögen sich alle Vaterlandslosen daran ein Beispiel nehmen!

Abschied vom schwarzblauen Block. Die Polen hoffen im neuen Reichstage in vielen Fällen das Jünglein an der Wage zu bilden. Sie wollen sich weder rechts noch links anschließen, sondern eine selbständige Politik treiben und sich von Fall zu Fall entscheiden, welcher Gruppe sie ihre Stimmen zuführen. Das Berliner Polenorgan, der „Tiemut-Berliner“ beizuhört die neue Positionierung sich ja nicht dem Lo so des reaktionären und regierungstreublichen Blocke anzuschließen. Die Haltung der polnischen Abgeordneten bei der Reichsfinanzreform sei von ihren Wählern nicht begriffen und sehr übelgenommen worden. Sie habe den Verlust zweier Mandate und einen allgemeinen Rückgang der polnischen Stimmen verschuldet. Der Ausfall der Reichstagswahlen möge der Fraktion eine Mahnung und Warnung sein.

Die Fraktionen verlassen das sinkende Schiff, es trägt sich nur, ob die Schlachtischen mitmachen.

Oldenburg freut sich über seinen Durchfall. Kammerherr v. Oldenburg veröffentlicht folgenden Zank:

Allen meinen Freunden im Wahlkreis Elbina-Marien-burg, die mich mit ihrem Vertrauen auch bei dieser Wahl beehrt haben, spreche ich hiermit meinen herzlichsten Dank aus. Ich bedaure, daß mein lieber alter Wahlkreis einen so langen Kampf hatte, aber ich freue mich, daß ich der Sozialdemokratie einen Sieg nicht zu verdanken habe. Hurra, es lebe der Kaiser!

Das Vergnügen, hurra, kann er noch stüßers haben.

Herr Dietel benannt. Die „Deutsche Tageszeitung“ schreibt in ihren patriotischen Aßen wieder einmal nach dem Sieganschnitt. Den Reichstagen wird vorgeworfen, daß die Sozial-

Anlaß vorhanden war, sie zu verbieten. Der Sozialdemokratie wird vorgeworfen:

In den Städten, in den Industriekreisen und dort, wo sie schon starke Anhängerchaft besaßen, arbeiteten sie mit den größten Mitteln der Verhehung. Die Flugblätter, die dort verbreitet wurden, überschritten an höllischer Verleumdung die Grenzen der Maßlosigkeit und waren bis zu ihren geraden Sinnlos. Es fand eine förmliche Aufwühlung der Volkseele statt. Das berartige Flugblätter verbreitet werden durften, mußte auf die politisch nicht geschulten Kreise verunreinend wirken. In vielen Städten war nach unserer Ueberzeugung der Satbestand der Kräftebaren Verhehung der Bevölkerungsklassen gegen einander gegeben. Wir haben nicht gehört, daß irgendwas dagegen unternommen worden wäre.

Diese schäbige Demagogie ist mit drei Sternen gezeichnet, hat also den Charakter des agari oben Mattes, Dr. Dietel, um Urheber. Dieser Dietel ist vorläufig wieder im Reichstags und es wird sich vermutlich Gelegenheit bieten, ihm diese Demagogie um die Ohren zu schlagen, bis ihn die Wahlprüfungskommission aus dem hohen Hause herausbefördert hat.

Der Verein für „Utreinigung“. In Berlin ist am Sonntag der lanat angeklündete „Verein für „Utreinigung“ gegründet worden. In Anwesenheit einiger hundert laiverer Männer, zumeist Offizieren, die das Publikum noch nie gesehen haben und die es, weil sie a. D. sind, auch niemals riechen werden, wurden vom Bruder-Vorsitzenden General Keim und anderen kriegerische Reden gehalten, alle mit dem Rekreim: Die Armer muß größer sein, aber nicht, in den Bemel auf!

Der Generalkonstant a. D. Schmann verlangte: mehr Intelligenz, mehr Arillerie, mehr Kavallerie, mehr Kavallerie, mehr Kavallerie, mehr Kavallerie, die Bildung von vier neuer Armeekorps, sonst nichts. Dann, so sagte er, die große Stunde der Vergeltung nahe, der Krieg sei ein Segen, er reinige die Luft. Auch auf die Möglichkeit innerer Kämpfe — angesichts der 110 sozialdemokratischen Abgeordneten — unterließ der Redner nicht, hinzuweisen.

Für Herrn Schmann gibt es a. er in Preußen-Deutschland noch nicht genug Kaiserentlust. Er fehrnt sich nach dem Geruch lauender Reichentlust auf den Schlachtfeldern, womöglich auch in den Straßen unserer Großstädte.

Hoffentlich wird aber der Wehrverein baldmöglichst in die oder aus der Luft gehen, indem ihm selber die Luft ausgeht. Dann erst wird die Luft rein sein.

Wahlprotest. Wegen die Giltigkeit der Reichstagswahl in Pöln-Land werden unsere Genossen sowohl als auch die Polen Einspruch erheben. Der Zentrumskandidat Dr. Kuchhoff wurde in der Hauptwahl als mit 31 Stimmen Mehrheit gewählt erklärt; weit über 200 Stimmen erklärte man für ungültig, nach der Behauptung der Protestgeber zum großen Teil zu unrecht. Weiter werden grobe Verleumdungen gegen die gesetzlichen Wahlvorschriften behauptet.

Wer boykottiert am meisten? Verschiedentlich haben wir im Laufe des Wahlkampfes gemerkt, daß der Terrorismus in allerhöchster Form hauptsächlich vom Lager der Konservativen ausgeht. Heute sind wir in der Lage, einen neuen eklatanten Fall mitzuteilen. In Greifswald wurde am Freitag folgendes Zirkular verbreitet:

Konfessioneller Verein Greifswald, 15. Januar 1912. Sehr geehrter Herr!

Viele Herren aus Stadt und Land haben uns gebeten, ihnen die Namen unserer Mitglieder aus dem Verein- und Rechtsanwaltsstande, sowie der Kaufleute und Handwerker mitzuteilen, weil sie zunächst ihren Bedarf bei ihren Gesinnungsangehörigen decken wollen.

Sind Sie damit einverstanden, daß wir Ihren Namen auf diese Liste mit jegen können, so bitten wir um sofortigen Bescheid.

Hochachtungsvoll Der Vorstand des konfessionellen Vereins für den Kreis Greifswald.

Ähnliche Schreiben sind auch im Kreise Stralsund-Tanzburg-Nilgen verstreut worden.

Der laantgefährliche Gemeindeführer. In Lochau, einem Industriedorf bei Halle a. S., hatte die Dr. Klassen-Gemeindevorstellung sich dazu ausgesprochen, zur Entlastung des Gemeindevorstandes den sozialdemokratischen Gemeindevorstand Hartmann als Protokollführer zu wählen. Durch die Zeitung erfuhr der Landrat des Saalekreises, ein Herr von Krong, von dieser Wahl, deren Staatsgefährlichkeit ihm sofort klar wurde. Als ihm auf seine Nachfrage der Gemeindevorstand die Wichtigkeit der Zeitungsmeldung bestätigte, wurde flugs ein Schreiben nach Lochau geschickt, in welchem es heißt, daß dem Gemeindevorstand Hartmann als Schriftführer der Gemeindevorstellung nach § 84 der Landgemeindevorordnung die Bestätigung verweigert werde. Da nun der angezogene Paragraph nur von Schulzeit und -schaffen handelt, setzten unsere Genossen es in der Gemeindevorstellung durch, daß die Wahl des Genossen Hartmann zum Schriftführer trotz des landrätlichen Schreibens ausreicht erhalten wurde, was dem Landrat auch offiziell mitgeteilt wurde. Jetzt kam vom Landrat kurzerhand ein Bescheid, die beiden Mitglieder der Gemeindevorstellung seien ungültig. Der Gemeindevorstand erhielt weiter den Bescheid, die Protokolle der Sitzungen selbst zu führen. Dieser fügte sich jetzt der Gemeindevorstand. Über unsere Genossen werden eben den ungläublichen Eingriff in die Selbstverwaltung das Verwaltungsministerium einleiten, da dem Landrat ein Bestätigungsrecht für Gemeindeführer nicht zukommt.

Eine sonderbare Geschichte berichtet Graf von Doenbroeck der Frankfurter Zeitung:

In einem vom 21. Januar d. J. datierten eingeschriebenen Briefe bittet mich der Bischof von Münster, Dr. Felix von Hartmann, um Auskunft, ob ein beigelegter Brief echt sei. Dieser beigelegte, an den Bischof von Münster adressierte, mit meiner Unterschrift versehene und meine Handchrift rufsende nachahmende Brief (datiert Groß-Bichterfelde, Großstraße 79, den 19. Januar 1912; Poststempel Berlin W. 35, 18. 1. 12., 11-12 Uhr nachts) enthält die an den Bischof von Münster, als dem Bischof meiner Heimat, gerichtete bringende Bitte, die nötigen Schritte zu unternehmen für meine Ausöhnung mit der römisch-katholischen Kirche.

Ich habe in einem eingeschriebenen Schreiben vom 22. Januar dem Bischof von Münster so ort geantwortet, dieser Brief sei formell und materiell eine raffinierte und insame Fälschung. Ferner erhielt ich mit dem Poststempel Berlin W. 7, 18. 1. 12., 7-8 Uhr Schreiben nach Danablick (wo ich am 19. d. Mts. in Stichwahlaktion weilte), in welchem, gleichfalls in täuschender Nachahmung meiner Handchrift, das grobe und keine Abscheu erregende Briefe mit dem Zusatz: „Das ist Ihre Handchrift; damit machen wir alles. Bistumarten haben wir auch.“ Endlich gehört hierhin die sehr auffällige Tatsache, daß mir bei einem zweitägigen Aufenthalt in einem Hotel in München auf eine für mich und für die Hotel-Direktion ganz unerklärliche Weise (einmal aus dem Zimmer, das zweite Mal aus der Hotel-Garderobe) je ein Ueberzieher, in dem sich meine Brieftasche mit Bistumarten und Schriftstücken in meiner Handchrift befanden, gestohlen worden sind.

Ich halte mich für berechtigt, dies offenbar plamphägere Vorgehen bekannt zu geben.

Man darf neugierig sein, welches Jesuitenstücklein sich hinter dieser Geschichte verbirgt.

Demokratischer Arbeiter: Karl Olanth. — Redaktion und Expedition: Neue Gewerkschaft. — Briefe von Olanth. — Druck von Th. Schmitt.

Arbeiterbewegung.

Ein Wendepunkt in der Tarifpolitik im Steinsehgerwerbe?

Die Frage des Reichstages im Steinsehgerwerbe hat schon vor Jahren zur Diskussion gestanden. Es schien, als sollte das Steinsehgerwerbe eines der ersten sein, das für den Reichstages tarif reif wurde. Es haben dann Umwälzungen innerhalb der Unternehmerorganisationen stattgefunden, wodurch die Frage mehr in den Hintergrund gedrängt wurde. Grundsätzlich aber erklärte auch die neue Unternehmerorganisation — der Reichsverband für das Steinseh-Gewerbe — schon im Jahre 1909, daß auch er auf dem Boden des Reichstages steht, nur wäre seine Organisation noch nicht genügend ausgebaut, um der Frage schon näherzutreten zu können.

Am 9. Februar findet nun in München die Jahresversammlung des Unternehmerverbandes statt, der sich insoweit in beachtlicher Weise entwickelt hat, jedoch nimmermehr von einer ungenügenden Organisation eigentlich keine Rede mehr sein kann. Er will nun auch Stellung nehmen zu der Frage der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen — allerdings nicht zur Frage des Reichstages; wenigstens ist darüber nichts in die Öffentlichkeit gedrungen. Es ist auch sehr leicht möglich, daß sich heute eine Mehrheit im Reichsverbande findet, die sich gegen einen Reichstages tarif erklärt. Dieser Verdacht wird insbesondere dadurch bekräftigt, daß der Arbeitgeberbund für das Feinwebgewerbe sich inzwischen auch an die Steinseh-Unternehmer herangeführt und zwischen beiden Gruppen wahrscheinlich eine Annäherung stattgefunden hat. Dem besagten Arbeitgeberbund, der früher dem Reichsverband der Steinseh-Unternehmer feindselig gegenüberstand, hat vorgerichtet jetzt offensichtlich den einst bekämpften Unternehmerverband der Steinsehmeister. Es ist also nicht auszuschließen, daß dieser auf seiner Münchener Tagung sich ganz und gar ins Schlepptau der Schachmacher im Feinwebgewerbe begibt, zumal eine ganze Anzahl schachmacherischer Gewerke in den Reihen der Steinsehmeister auf ein gemeinsames Vorgehen mit dem Arbeitgeberbund für das Feinwebgewerbe hindeuten.

Eine Wendung in der Tarifpolitik im Steinsehgerwerbe ist also garnicht ausgeschlossen. Die letzten Ansinnen des Arbeitgeber-Verbandes haben sich deshalb veranlaßt gesehen, an den Unternehmerverband zunächst seiner Münchener Tagung mit nachstehendem Antrag heranzutreten:

Zur endgültigen Entscheidung über die Gestaltung der zwischen Mitgliedern des Reichsverbandes und des Verbandes der Steinsehler zu vereinbarenden Tarifverträge ist, sofern zwischen den direkt Beteiligten eine Verständigung auf dem Wege lokaler Verhandlungen nicht zustande kommt, eine Institution (Tarifamt) zu schaffen, wie sie im deutschen Buchdruckgewerbe besteht, aber, falls man es nicht nach nicht gleich geben will, ein Zentralschiedsgericht ähnlich dem Zentralschiedsgericht für das deutsche Feinwebgewerbe zu errichten.

Die Herren Steinsehmeister und Eisenbahn-Unternehmer sehen somit am Scheidewege. Wollen die Herren eine ruhige Entwicklung der gemeinschaftlichen Verhältnisse auf der Grundlage wirtschaftlichen Fortschritts, so sind die Arbeiter bereit, ihnen darin zu folgen. Wollen sie das nicht, so sind die Arbeiter aber auch darauf gefaßt, sich dann nach wie vor zu erkämpfen, was ihnen auf friedlichem Wege verweigert blieb.

Der Haupt- und Kronzeuge im Dünker Landfriedensbruch-Prozess, der mit Gefängnisstrafen von insgesamt 23 Jahren endete, war ein gewisser Hauptmann. Die Verteidiger bezweifelten aufs energischste die Glaubwürdigkeit dieses Mannes. Der Erste Staatsanwalt nahm ihn aber sehr in Schutz. Er sagte unter anderem: „Was gegen Hauptmann vorliegt, ist nur, daß er vorbeiritt ist, sonst ist er durchaus glaubwürdig und macht auch den besten seriösen Eindruck.“

Dieser Kronzeuge der Staatsanwaltschaft, der sich „Hauptmann“ nennende Robert Hauptmann, befindet sich seit einigen Tagen in KZ in Untersuchungshaft wegen Ruppelrei und Erpressungsversuchs. Die Beweise sind erdrückend. Hoffentlich gelingt es nun, das Wiedererkenntnisverfahren in Sachen des nach unserer Heberzeugung völlig schuldlos zu mehreren Jahren Gefängnis verurteilten Gwerthschaftssekretärs Georg Frölich herbeizuführen, zumal, da die Vorfragen des Hauptmann wie folgt ausfallen: wegen Unterschlagung 100 Mk., wegen Untreue drei Monate, wegen Betrugs neun Monate, wegen Unterschlagung drei Wochen, wegen Betrugs und Unterschlagung fünf Monate, wegen Betrugs und Unterschlagung vom Militärgericht sechs Monate und zweite Soldatenstrafe, wegen Verleumdung und einem Monat, wegen Betrugs und Unterschlagung vier Monate, wegen Betrugs sechs Monate, wegen Unterschlagung fünf Monate, und wegen Betrugs sechs Monate. Die Liste macht auf Vollständigkeit keinen Anspruch.

Dieser Mensch machte auf den Ersten Staatsanwalt den „besten persönlichen Eindruck“. Und diesen durch und durch geriebenen Dürchen nannte er „durchaus glaubwürdig“. Sein Zeugnis brachte unseren braven Genossen Georg Frölich, nach der Heberzeugung aller, die ihn kannten, und auch einer Reihe der Verhandlungsbeteiligten Juristen, unschuldig auf zwei Jahre und sieben Monate ins Gefängnis.

Jum Kampf im deutschen Steinsehgerwerbe.

Zur Beilegung der Streiks und Ausperrungen der Lithographen und Steindruckler in 50 deutschen Städten, in denen seit Ende September rund 4500 Gehilfen im Kampfe stehen, fanden an den Tagen vom 21. bis 27. Januar wiederum Verhandlungen statt. Diese fünfzehntägigen Verhandlungen im Verein mit dem Reichsverband der Verleger der Gehilfenorganisation der Lithographen, Steindruckler und verwandten Berufe und dem Unternehmerhauptverband Deutscher Steindruckbesitzer brachten endlich eine Einigung. Es wurden Vereinbarungen über die Lohn- und Arbeitsbedingungen im deutschen Steindruckgewerbe festgelegt, auf die wir noch zurückkommen.

Streit in der Automobilfabrik von Gebr. Eißner in Stuttgart.

Unter den Arbeitern genannter Firma wurde es schon lange, die Betriebsleitung hatte durch Abzüge von den Arbeitslohn und durch hohe Strafen die Unzufriedenheit der Arbeiter bis auf höchste Grenze getrieben. Besonders die Stellmacher hatten unter den Lohnabzügen zu leiden. Verhandlungen, die in voriger Woche zwischen Betriebsleitung und Verhandlungskommission der Arbeiter stattfanden, verliefen ergebnislos. Zunächst stellten 47 Stellmacher die Arbeit ein. Darauf entließ die Firma weitere 88 Tischler, Sattler und Karosserieschlosser. Etwa 100 Personen werden im Betrieb beschäftigt. Zugang von Stellmachern, Tischlern, Sattlern, Schlossern, Lackierern, Drechern usw. ist deshalb zurückgehalten.

Arbeiterbewegung in Frankreich.

Aus Gienne wird telegraphiert: Eine von etwa zweitausend Bergleuten beschickte Versammlung fasste den Beschluß, am 1. März den Streik auszuheben, falls die Regierung die Forderungen der Bergarbeiter nach Minimallohn, Achtstundentag und einem Ruhegehalt von zwei Francs täglich nicht erfüllen sollte. Gleichzeitig wird aus Lize gemeldet: Die Vertreter des Bergarbeiterverbandes Nordfrankreichs hielten in Saint-Nicolas eine Versammlung ab. Sie sprachen sich über den Bergarbeiter des Loire-Departements im Hinblick auf den Ausbruch, falls ihre Forderungen (Minimallohn, Achtstundentag, Ruhegehalt) nicht erfüllt werden.

Reiz Generalstreik der englischen Eisenarbeiter.

In den Verhandlungen der Kommission der Kohlenbergwerkebetreiber und Arbeiter, die die Frage des Lohnausgleichs behandelt, ist offizielles mitgeteilt, daß die Ausschüsse auf eine baldige Einigung im allgemeinen günstig seien. Der Generalstreik, der bei den

Lohnbewegung der Hafenarbeiter in New South Wales.

Etwa 3000 Hafenarbeiter aus den Häfen dieses australischen Staates fanden sich am 23. Januar in Sidney ein, wo sie in einer arden Verhandlung ihre Lohnverhältnisse besprachen. Die Verhandlung verlor das Anerkennen der Unternehmer, für die Arbeiterstunden 1 sh 3 d (1,40 Mk.) geben zu wollen und wiederholten nochmals ihre Forderung, die daraus hinausläuft, daß für sie wie für die Hafenarbeiter der großen Seebäder mindestens 1 sh 6 d (1,50 Mk.) für eine Arbeiterstunde gezahlt werden. Auf allen Quais herrschen unregelmäßige Lohnverhältnisse, da sich die Hafenarbeiter weigern, Nacharbeit zu verrichten, weil die Stunde für den Raum der Heberzeit nicht festgesetzt ist. Weitere Verhandlungen zwischen den beiden Parteien sollen stattfinden.

Die Vergewaltigungen und Beizer in South Wales haben sich in einer Urabstimmung mit 8003 gegen 736 Stimmen ebenfalls für den Generalstreik ausgesprochen.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 30. Januar.

Geschichtskalender.

31. Januar.

1866 Der Dichter Friedrich Rückert in Meules bei Koburg †.
1911 Der Sozialist Paul Singer in Berlin †.

Heber den Bau der Ausstellungshalle

in Schönnig hat der Magistrat seinen ersten Bericht erstattet; er schreibt: Mit den vorbereitenden Arbeiten auf der Baustelle wurde am Mittwoch, den 19. Juli 1911 begonnen. Erst wurde der Baugrund an den stark beanspruchten Stellen — das ist an Standorte der Haupt- und Nebeneingänge für den Hauptunterbau — durch Erdbohrungen untersucht und die Höhenlage des Baufeldes festgestellt, wobei sich eine Terrainhöhe von etwa 1,20 Meter im Mittel ergab. Die Baugrubenarbeiten wurden als Schwellenbeton angelegt, der Beton gestrichelt, die erforderlichen Wasserleitungen angebracht. Nach Aufschlagserteilung für die Betonarbeiten an die Firma Dyckerhoff u. Widmann am 8. August 1911 und die Firma Latat u. Co. am 22. August wurden die Hauptarbeiten schlagartig am 31. August wurde bereits mit den Erdarbeiten begonnen. Inzwischen wurden in mehreren gemeinschaftlichen Konferenzen mit der Firma Dyckerhoff u. Widmann einige schwerwiegende materielle Fragen besprochen und gelöst, so daß die Firma Dyckerhoff u. Widmann bereits nach Ableitung des Grundrisses am 12. Oktober mit dem Setzen der Fundamente begonnen konnte. Die Fundamente für den Hauptunterbau sind nunmehr fertiggestellt. Von den Fundamenten für die Ringbauten ist bisher ungefähr die Hälfte ausgeführt worden. Der Arbeitsplan ist also nicht ganz eingehalten worden.

Bei genauer Durchsicht des Entwurfes zeigte sich die Notwendigkeit, größere Kelleräume für den Betrieb selbst und für eine Restaurationsanlage. Die Anlage dieser Unterwerke brachte eine Verzögerung der Fundamentierung der Ringbauten mit sich. Auch für den Hauptingang sind die Fundamente noch nicht gelegt, weil eine endgültige Entscheidung über die Ausgestaltung des Eingangsbaues noch nicht gefällt ist. Gleichzeitig ist die Anlage eines Sportplatzes vor dem Nordeingang der großen Hofstraße in Angriff genommen worden. Ferner ist der Bau der Kasse für den Hauptunterbau und mit der Anlage einer Kassebahn zur zentralen Beförderung der Passagiere begonnen worden.

Aus dem Rohrlegergewerbe

wird uns geschrieben:

Der Gesellenrat der Breslauer Zinkarbeiter, Brunnen- und Pumpenbau-Armaturenwerk hat im Oktober vorigen Jahres an den Innungs-Vorstand mit dem Vorschlag, der Vorstand möge veranlassen, daß alle bei Innungsmitgliedern beschäftigten Rohrleger und Helfer eine Feuerungszulage erhalten; es wurde weiter die Bitte ausgesprochen, eine allgemeine Lohnzulage von 8 Pfg. für die Stunde zu bewilligen. Der Innungsvorstand teilte darauf mit, daß er bereit sei, am 8. November in einer gemeinschaftlichen Sitzung mit dem Gesellenrat sich zu verständigen. Die Sitzung legte im Grunde Vergeß. War aber der Auffassung war, daß den Herren Innungsmitgliedern der gute Wille inne wohnte, den Arbeitern in ihrer gebührenden Lage beizustehen, ihnen bei der gegenwärtigen durch eine kleine Lohnerhöhung helfend beizustehen, der hatte sich damals genügt. Der Herr Obermeister erklärte, die Innung sei bereit, eine Lohnzulage von 8 Pfg. zu geben, wenn sich die Teilnehmer einem, vom Innungsvorstand ausgearbeiteten Tarifentwurf unterwerfen. Dieser Tarifentwurf hat aber keinen niedrigeren Lohnsatz festgelegt, als der Tarif, der zwischen den maßgebenden Breslauer Zinkarbeiter-Innen und dem deutschen Metallarbeiterverband abgeschlossen worden ist. Der Stundenlohn beträgt hier gegenwärtig 8 Pfg. für die Stunde mehr als bei den Innungsmitgliedern. Außerdem liegt der Innungsvorstand eine Menge Tarifforderungen in sich, jedoch an einer Tarifabschlusssitzung unter diesen Bedingungen garnicht gedacht werden kann. Ferner besteht die Innungsmitglieder diese bedeutend höheren Löhne bereits seit zwei Jahren, und sie erklären in den Innungsmitgliedern eine unübliche Konkurrenz.

Unter diesen Umständen ist es deshalb unmöglich, auf der Grundlage des Innungsvorwurfs einen Tarifvertrag abzuschließen. Alle die Dinge sind aber den Herren Innungsmitgliedern nicht unbekannt; sie kennen die Stellungnahme der Gesellenrat in dieser Frage ganz genau. Weil sie dies so genau kennen, verlangen sie auch als Gegenleistung für eine Lohnzulage die Unterzeichnung ihres Tarifentwurfes in der Erwartung, daß die Verhandlungen scheitern.

Am 1. Oktober vertritt nun der Innungsvorstand dem Gesellenrat eine neue Sitzung einzuberufen, um demnach über die Lohnfrage zu verhandeln; jedoch ist bei den Verhandlungen gebüht. Die Herren Innungsmitglieder kennen keine Nothlage, sie kennen nur Arbeiter, die sich zu ihnen haben. In fast allen Gewerbezweigen hat man den allgemeinen Mißstand anerkannt und den Arbeitern Lohnverhältnisse zugestanden; nur die Herren Innungsmitglieder der Zinkarbeiter- und Innung will haben nichts wissen. Da die Gesellenrat zur Selbsthilfe greifen wird, kann man diese Herren wieder schreien über die Begehrlichkeit der Arbeiter. Aber sie mögen es sich heute schon gesagt sein lassen, sie gerade sind es, die Streiks mit Vorzug herauszubringen verstehen. Die Arbeiter unter den Innungsmitgliedern spielen ein freches Spiel; sie tragen dann etwa die Verantwortung, wenn das Gewerbe durch Arbeitslosigkeit erschüttert wird. Um auch der breiten Öffentlichkeit die Namen der Herren bekannt zu machen, die ihre Arbeiter mit niedrigen Löhnen abspießen, werden wir in den nächsten Tagen die Liste der Innungsmeister an dieser Stelle veröffentlichen.

„Zum Studentenstreik“ meldet die „Schles. Ztg.“

die gesamten klinischen Studenten haben dem bestritten Prof. Dr. Gasse Montag früh beim Betreten des Hörsaales eine ehrende Kundgebung bereitet. Wie die „Bresl. Morgenzeitung“ berichtet, war für Montag abend im großen Hörsaal der Klinik eine Versammlung anberaumt worden, in der die Vertreter der Studentenchaft und Geheimrat Gasse ihren Standpunkt erklären wollten. Prof. Dr. Gasse sei bereit, falls die ihm angebotene Bedingung nicht angenommen wird

zuerkennen. Gasse stehe nach wie vor auf dem Standpunkt, daß eine gewisse Kontrolle der Studenten bei den Vorlesungen, wenn auch kein Kollegienzwang, durchgeführt werden müsse.

Achtung, Metallarbeiter!

In Nr. 28 des Breslauer Generalanzeiger werden mehrere fixe jüngere Arbeiterinnen auf Spritladefahrern von der Firma Georati & Bartisch in Breslau, Frankfurterstraße Nr. 23-25, gesucht. Auskömmlicher Verdienst und dauernde Beschäftigung werden zugesichert. Wir eruchen alle Arbeiterinnen, von diesem Anzeigern keinen Gebrauch zu machen, weil die Firma nur wegen Beschwerden die dort beschäftigten Arbeiterinnen entließ. Schon seit längerer Zeit klagten die Blechladefahrerinnen über niedrige Arbeitspreise; selbst bei größtem Fleiß brachten es die eingerichteten Frauen nur auf etwa 3 bis 9 Mark Arbeitsverdienst wöchentlich. In der letzten Woche wurde wieder ein sehr geringer Lohn erreicht. Als nun die Arbeiterinnen um Ausbesserung der Arbeitsverhältnisse vorstellig wurden, folgte ohne irgendwelche Gegenüberung die Entlassung. Alle Arbeiterinnen sind schon seit Jahren, eine davon 14 Jahre, bei der Firma beschäftigt, und auf die Arbeiterinnen einwirkt; es erscheint daher ausgeschlossen, daß ohne Ausbesserung der Arbeitsverhältnisse die fleißigsten Kolleginnen einen auskömmlichen Verdienst erreichen kann. Wir bitten, jedes Arbeitsangebot der Firma abzulehnen.

Deutscher Metallarbeiterverband, Verwaltungsstelle Breslau.

Achtung, Bantischler

Die Firma Janke in Trebnitz sucht Bantischler in Breslau. Warnen vor Fälschung. Diese Firma hat eine Anzahl erkrankter Kollegen entlassen mit der Begründung, man wolle das Geschäft vertiefen. Tatsächlich will man aber die Organisation vertiefen, indem man die in Trebnitz wohnenden vorhererkrankten Kollegen entläßt, um sie anzuschuldern. Dasselbe Manöver verübt die Firma mit allen Bauarbeitern. Es wird also dringend vor Fälschung gewarnt. Die Ortverwaltung.

Eltern und Vormünder!

Die größeren Zigarettenfabriken am Orte suchen wieder Verdinge, die das Sortieren der Zigaretten erlernen wollen. Da der Wechselsortierung wegen der letzten Tabaksteuer immer noch schlecht ist, außerdem ein großes Lager sortierter Zigaretten vorhanden ist, so lassen verschiedene Fabrikanten immer noch verdingen arbeiten, so daß die arbeitslosen Sortierer nicht einmal voll beschäftigt werden können. Lehrlinge sind deshalb ganz überflüssig und nur dazu bestimmt, billige Arbeitskräfte für die Fabrikanten abzugeben. Wir bitten daher, daß in absehbarer Zeit keine Ausbilde vorhanden ist, daß die Fabrikanten wieder dauernd voll arbeiten lassen, bitten wir alle Eltern und Vormünder: laßt eure Kinder zur Zeit nicht das Zigarettenformieren erlernen. Die Ortsverwaltung der Pöhlstraße Breslau, des Verbandes der Zigarettenformierer und Abnehmer Deutschlands.

Der Österreichisch-ungarische Hilfsverein „Austria“

dem fast die gesamte hiesige Österreichisch-ungarische Kolonie angehörend, bezieht im Laufe des Monats Februar das 10. seines 40-jährigen Bestehens.

Eine Doreibahn ist am Sonntag eröffnet worden.

Sie beginnt an der Joleistraße, westlich der Lehnstraße und endigt am Zoologischen Garten.

Großhandels- und Schiffschiffahrt

Die Dächler der Eisenbahn am Sonntag von der Zusammenkunft bis zur Schwere (Schiffahrt) beschließen nun unorganisierte Schiffschiffahrt und nur als Schiffschiffahrt.

Ein katholischer Geistlicher erregte im Sommer 1911

auf der polizeihohen vor mehreren Schulmädchen durch eine unzüchtige Handlung öffentliches Mergernis. Ein Schulmann führte den geistlichen Herrn ins Polizeigefängnis, wo er sich als Verthold Nowosny bezeugte. Die sofort angeordneten Ermittlungen ergaben jedoch, daß man es in Wirklichkeit mit dem etwa 30 Jahre alten Pfarramtsverwalter Benno Kiewitzki aus Mierze, Kreis Polen, zu tun hatte. Wegen Vergehens gegen § 183 des Strafgesetzbuchs wurde der Pfarramtsverwalter angeklagt und seinerzeit vom hiesigen Schöffengericht zu 150 Mark Geldstrafe verurteilt. Wegen der Angabe des falschen Namens wurde außerdem auf 30 Mark Geldstrafe erkannt. Der Geistliche ist gewiß sehr billig davonkommen. Er beruhigte sich jedoch nicht bei der Strafe, sondern legte Berufung ein. Die Strafkammer als Berufungsgericht fand aber an dem Urteil des Vorberichters nichts abzuändern, womit sich Herr Kiewitzki immer noch nicht zufrieden gab. Er ließ durch seinen Anwalt eine Revisionsschrift abgeben, jedoch ließ der Strafsenat des Oberlandesgerichts mit der Sache beschäftigen mußte. Das Oberlandesgericht verwies den Straffall zur nachmaligen Verhandlung und Entscheidung an das Landgericht zurück, weil geprüft werden sollte, ob nicht möglicherweise der § 51 Str.-G.-B. angewendet ist; der da befragt, daß eine strafbare Handlung nicht vorhanden ist, wenn sich der Täter zurzeit der Begehung der Handlung in einem Zustande von Bewußtlosigkeit oder krankhafter Störung der Geistestätigkeit befindet, wodurch seine freie Willensbestimmung ausgeschlossen war. Zur erneuten Verhandlung am Montag vor der hiesigen Strafkammer waren außer dem Gerichtsarzt, Professor Dr. Löffler, noch drei weitere psychiatrische Sachverständige geladen, die ihr Gutachten über den geistigen Zustand des Angeklagten abgaben. Mehrere Schulmädchen wurden nochmals vernommen. Ferner hat das Gericht auch noch zwei Beamte des Polizeigefängnisses laden lassen, auf die der Angeklagte damals bei seiner Einlieferung, durchaus keinen geistig-geistigen Eindruck machte. Die fast vierstündige Verhandlung wurde hinter verschlossenen Türen geführt. Auf Grund der ärztlichen Gutachten kam die Strafkammer zur Verurteilung der Verurteilung, weil sich, nach der Meinung des Gerichts, der Herr Pfarramtsverwalter der Strafarbeit seines Handelns sehr wohl bewußt war. Von „Störung der Geistestätigkeit“ oder „Ausschluß der freien Willensbestimmung“ könne nicht die Rede sein. Auch das Strafmaß erließen dem Gerichtshof nicht zu hoch. Wie wir hören, will der Geistliche das Urteil wieder anfechten.

Der Zirkus Charles meldet sich für den kommenden Sommer zum Besuch in Breslau an.

Charles reiste bereits in den Vor Jahren als für damalige Verhältnisse schon große Menagerie besonders in den östlichen Provinzen und war f. B. weit und breit als herzogtümlicher Löwenjäger bekannt. Niemand aber wird das Unternehmen heute wiedererkennen, denn in der Zwischenzeit ist Zirkus Charles der führende Weltzirkus geworden; seine Darbietungen tragen die Prägung einer neuen Zeit der Zirkuskunst und bieten das Vollkommenste, was man je im Rahmen einer Zirkusvorstellung gesehen hat! Ein Heer der seltsamsten exotischen Tiere führt dieser moderne aller europäischen Wanderzirkus mit sich, darunter 32 Löwen, 10 wild eingefangene Königstiger, indische und afrikanische Elefanten, ferner Affen, Strauße, Gnu, Gams, Wasserbüffel, gebrannte Pferde, Seebären, ganze Herden von Kamelen und Dromedaren, Zebras, Zebus und Zedrothe sowie Karakorum der seltensten Vögelarten, Chinesen, Japaner, Araber, Marokkaner und Indier mit all ihren seltsamen Gebräuchen und Ritten. — Zirkus Charles, welcher im Sommer mit dem größten bisher gebauten Vorstellungsplatz für 6500 Personen reist, errichtet außerdem eine ganze Stadt vor Zeltanlagen, um die reichhaltigen Stallungen der exotischen Tiere, die Markälle, das Niederdorf und andere Sehenswürdigkeiten zu bergen. Zur Verbesserung seines riesigen Materials dienen ihm etwa 70 auf das modernste eingerichtete Transportwagen, die mit eigenen Expositionsreifen und unter Mithilfe russischer Strakenlokomotiven von den Güterzügen der Eisenbahnen und zumal befördert werden.

Gambolderverein.

Der von zahlreichen Mitgliedern begleitete Vortrag des Herrn Dr. med. Grabenwitz „Aus der Kinderklinik der Tiere“ wird im großen Saal des „Grand Hotel“ am Sonntag abend 7 Uhr abgehalten werden.

Breslauer Stadthausplan 1912

VI.

In dem Etat von mehr als 40 Millionen Mark stehen die Ausgaben der allgemeinen Verwaltung mit an erster Stelle. Bei einer Einnahme von 1.173.180 Mark und einer Gesamtausgabe von 8.273.225 Mark ist ein um 1.290.245 Mark höherer Zuschuß nötig, der 7.100.045 Mark beträgt.

Die Staatsämter

beanspruchen lediglich deshalb einen um 22.395 Mark höheren Zuschuß, von 133.560 Mark, weil der an die Beamtenabfindung zu erhaltende Betrag erheblich höher ist wie im vorjährigen Plane, und weil der Beamtenbesoldungsplan bisher zu Unrecht mit Ruhegehältern für Staatsbeamte, deren Stellvertreter, Witwen- und Waisengehältern belastet war.

Beamtenbesoldung

weist eine um 181.910 Mark höhere Einnahme von 1.037.700 Mark auf. Diese Erhöhung ist zurückzuführen auf die anderweitige Berechnung der von anderen Verwaltungen zu erhaltenden Beträge. Ferner, daß 27 schon vorher blattmäßig beschäftigte Personen seit anzustellen sind, erscheint die Zahl der neuen Beschäftigten stellen besonders hoch. In sämtlichen 19 Stellen der Stellen von sechs Magistratssekretären, dreizehn geprüften Assistenten, drei Hauptsekretären und fünf Zeichnern mit schon vorhandenen Kräfte besteht. Als für die Bureauhilfsarbeiter neu vorgesehene 19 Stellen ermöglichen lediglich die feste Anstellung von 11 Stellen der Stellen in anderen Verwaltungen (insbesondere bei der Kreisverwaltung und der Berufsverwaltung) Verwendung finden, brauchen an eigentlich neuen Stellen nur für die Rohrleitungsinspektion fünf Betriebs-Verwaltungs-Assistenten oder Buchhalterstellen, für die Hochbauverwaltung die Stelle eines Bauassistenten vorgesehen werden.

Anßerdem ist vorgeschlagen den in längerer Dienstzeit bewährten Bauarbeitern eine Entschädigung von 200 Mark zu gewähren. Trotz der hohen Anstellung einer größeren Zahl von Titularen und der Gehaltssteigerung der höhergestellten der mit 100 bis 200 Mark veranschlagten Beamten zur Gemeindefiskusverwaltung, ist die Veranschlagung mehrenfalls höherer Beträge zur Gewährung von Tagelohnen und anderen erforderlich, weil der Umfang der Verwaltungsgeschäfte stark zugenommen. Eine Erhöhung der Tagelöhne und Zulagen und die Errechnung der Beträge für Krankheits- und Invaliditäts-Versicherung hat. Daher sind die Ausgaben mit zusammen 1.677.650 Mark um 308.970 Mark, der Zuschuß mit 3.639.950 Mark um 123.130 Mark höher. Bei den

verschiedenen Einnahmen und Ausgaben

und nach dem Erwerb der Breslauer Straßenbahn die Einnahmen um 119.500 Mark um 173.210 Mark geringer. Andererseits sind die Ausgaben durch Erhebung derjenigen 500.000 Mark, die dem rathen Anträgen der Stadten bei Stadtbezogenen sollen, dadurch in erheblichem Maße gestiegen sind, daß die in den letzten Jahren stets unzulänglichen Mittel für Grundbesitz zur Straßenerweiterung um 50.000 Mark die Mittel zur Beschaffung von Grundbesitz um 10.000 Mark vergrößert, als Entgelt für Kriegsveteranen 35.000 Mark, als Beitrag zur Unterhaltung der 12 privaten höheren Mädchenschulen 45.000 Mark, für Wasserbeschaffung 30.000 Mark bereitgestellt sind. Hierzu treten die steigenden jährlichen Ausgaben der laufenden Verwaltung, die Mehrbeträge, welche die Wasser- und Stadtverordneten-Versammlung beanspruchen und die Erhöhung der Neubehaltung verschiedenen Beträge, insbesondere zur Ausübung beschlagnahmter und Vorbildungsschüler, für die Turnvereine und zur Unterhaltung der Schulen. Im ganzen sind die laufenden Ausgaben mit 3.351.165 Mark um 77.295 Mark höher. Durch die einmaligen Ausgaben ein um 39.025 Mark geringerer Betrag von 308.970 Mark vorgelesen ist, wofür der mit 3.219.875 Mark erforderliche Zuschuß um 1.171.180 Mark.

Ausstellung für Feuerbestattung.

Mit einem feierlichen Festakt wurde gestern Vormittag die im Turnsaal der Feuerwehr auf der Zwingerstraße etagerichte Ausstellung für Feuerbestattung eröffnet. Justizrat Martini, der Vorsitzende des Vereins Feuerbestattungsvereins und Stadtrat Tikaner als Vertreter des Magistrats wiesen auf die steigende Bedeutung des Feuerbestattungswesens hin und wie das Misstrauen gegen sie mehr und mehr schwindet; mehrfach wurde auch erwähnt, wie wünschenswert es sei, daß auch Breslau recht bald zu einem Krematorium komme. Besondere Beachtung fand dann ein Vortrag des Direktors Paul über die technischen Vorgänge bei der Feuerbestattung, die der Vortragende mit Hilfe eines anschaulichen Modells erläuterte. Aus seinen Darlegungen ging unter anderem auch hervor, daß der Leichnam bei der Feuerbestattung mit den Flammen überhaup nicht in Berührung kommt; die Verbrennung und Veraschung erfolgt allein unter der Hitze von Gasen, die eine Temperatur von mehr als 1000 Grad besitzen. Das zurückbleibende Pflaster besteht chemisch aus phosphorhaltigem Kalk; es überdauert die Jahrtausende. Der Vortragende zeigte zum Beweise dafür einen Urnenrest, der in einem über 2000 Jahre alten Grabe gefunden wurde.

Die Ausstellung selbst, auf deren soziale Bedeutung wir noch ausführlicher zu sprechen kommen, birgt mancherlei Bemerkenswertes. Modelle von Krematorien, Pläne und Zeichnungen von Urnenhallen und Urnenstellen; eine Reihe von Firmen haben geschmackvolle Urnenentwürfe ausgestellt. In einer Ecke des Saales findet man interessante Nachbildungen von uralten germanischen Hängengravern.

In jedem Falle können wir den Besuch der Ausstellung empfehlen. Der Eintrittspreis beträgt 25 Pfg.; am Dienstag, den 6. Februar, soll ein Eintrittsgeld von nur 10 Pfg. erhoben werden. Jeder Arbeiter muß sich für diese Bestattungsart interessieren, der die Zukunft angeht, wie sie in vralter Zeit üblich war — den Modernen und Geloten zum Trost.

Arbeiter-Samariter-Bund.

Aus dem Kreise der Arbeiter-Samariter wird uns geschrieben: Seit einer Reihe von Jahren bestehen in einer Anzahl deutscher Städte Arbeiter-Samariter-Kolonnen, die sich zu einem Arbeiter-Samariter-Bunde zusammengeschlossen haben. Nicht wie es hier und dort geschieht, um Vereinsmeierei zu treiben wurden diese Kolonnen ins Leben gerufen, sondern um Arbeiter und Arbeiterinnen heranzubilden in der ersten Hilfeleistung bei Unglücksfällen und plötzlichen auftretenden Erkrankungen und die Arbeiterkraft aufzufüllen, wie Unglücksfälle vermieden werden. Auch am höchsten Orte ist durch die Mitwirkung der Partei und des Gewerkschaftsvereins eine solche Kolonne gegründet worden, deren Mitglieder ja bereits bei den verschiedenen Veranlassungen

vertrauten wir uns die Aufgabe eines Arbeiter-Samariters im Fabrikbetriebe. Der Arbeiter, der als Samariter seine Arbeitsstelle verläßt, in der er einleitend alles das Wert der Nächstenliebe ausüben soll, hat sich zu vergegenständlichen, wo und in welcher Verfassung sich der Verbandsarbeiten befindet. Ist kein solcher vorhanden oder ist er nicht in Ordnung, so hat der Samariter dafür zu sorgen, daß ein Krankenbesuch oder der vorhandene instand gesetzt wird. Klein vernünftiger Unternehmer wird sich weigern, einem solchen Wünsche Rechnung zu tragen. Wo dies dennoch geschieht, wird der Arbeiterauskunft, die Gewerkschaft oder die Gewerbe-Inspektion aufgefordert werden müssen, dafür zu sorgen, daß dieses einfache Gebot der Menschlichkeit erfüllt wird.

Ereignet sich ein Unfall, so hat der Samariter für schnelle, sachgemäße und gewissenhafte Hilfe und Behandlung zu sorgen, alle schädlichen Einflüsse, Aufregung usw. fernzuhalten, ärztliche Hilfe heranzuholen, und den nötigen Transport zu leisten. Wie oft werden jetzt noch Arbeiter mit ihren Ansprüchen auf Unfallrente abgewiesen, weil es an genauen Angaben fehlt. Der Samariter hat danach zu trachten, daß die Ursachen des Unfalls einwandfrei festgestellt und Augenzeugen aufgeschrieben werden. Wie wichtig diese Vorkehrungsmaßregel ist, darüber können am besten die Bauarbeiter ein Urteil fällen und befinden, wie mancher Arbeiter um sein Recht kam.

Wie oft lesen wir in den Zeitungen, daß auch außerhalb der Arbeitsstätten, im eigenen Heim, auf einem Sonntagsausflug oder sonst irgendwo Personen zu Schaden gekommen sind, da geeignete Hilfe nicht zur Stelle war. Wie oft haben wir gelesen, daß eine Frau infolge Überbruchs langsam verblutete, während der geängstigte Ehemann vergeblich nach einem Arzt suchte. Oft kommt es vor, daß wegen eines Unfalls ein Mensch oft schon nach wenigen Stunden die Gefahr der allgemeinen Verfallung von dem erst später hinzugezogenen Arzte festgestellt wurde. Operationen, Amputationen sind recht oft die Folge solcher unheimlich geringfügiger Verletzungen. Eine große Anzahl ähnlicher Fälle lassen sich noch anführen. Alle diese Fälle sich vermeiden oder doch auf ein Mindestmaß beschränken, wenn sofort geeignete Hilfe geleistet würde oder der Verletzte selbst weiß, was er zu tun hat.

Anfang Februar begann in Breslau der erste Unter-richtskursus, der von vier Ärzten geleitet wird. Er erstreckt sich über den Bau des menschlichen Körpers, über die Tätigkeit seiner Organe und des Kreislaufsystems, hauptsächlich aber über erste Hilfeleistung bei Unfällen.

Durch Übungen mit dem einschlägigen Material wird dem Samariter gelehrt, was er zu tun hat bei:

Verletzungen aller Art, Wundheilung, bei Durchtrennung der Adern, Knochenbrüchen, Verrenkungen, Verletzungen, bei den verschiedensten Arten der Bewußtlosigkeit; er wird ferner belehrt über das Verhalten gegenüber Erkranken, bei Gas- und sonstigen Vergiftungen, bei Beschädigungen durch Elektrizität, plötzlich auftretenden Erkrankungen des Magens, über den Transport Verunglückter und Erkrankter.

Wohl bestehen seit vielen Jahren bürgerliche Kolonnen, die darin schon sehr viel Gutes geleistet haben und noch leisten. Der Arbeiter-Samariter-Bund stellt sich aber im Gegensatz zu diesen auf den Standpunkt, daß in seinen Kolonnen, als reinen Hilfsvereinen, die Politik völlig ausgeschaltet werden muß, unbedingte der Befähigung eines Mitarbeiters am politischen Leben. Wie oft ist es vorgekommen, daß Samariter oder Sanitätsmannschaften wegen ihrer politischen Gesinnung aus politischen Vereinen ausgeschlossen wurden. Aus diesem und verschiedenen anderen Gründen ist man seit Jahren mit Erfolg daran gegangen, selbständige Arbeiter-Samariter-Kolonnen einzurichten. Es ist deshalb Pflicht eines jeden Arbeiters, dort seine Kräfte in den Dienst zu stellen, wo er nach Lage der Dinge hingehört: in die von Arbeitern gegründeten und von diesen geleiteten Vereinen.

Arbeiter und Arbeiterinnen, eine Anzahl Frauen und Mädchen hat sich bereits der hiesigen Arbeiter-Samariter-Kolonnen angeschlossen. Mitglieder der Gewerkschaften und Arbeitervereine, unterstützt diese Bestrebungen durch Euren Beitritt. Neben gewöhnliche Auskünfte erteilt der Kolonnenführer Genosse Oskar Schütz in der Expedition der „Volkswacht“, Neue Braupferstraße 5.

Schwere Gasexplosion. Montag Nachmittag kurz vor 4 Uhr ereignete sich in dem Keller des Hauses Martagaretenstraße 6 eine schwere Gasexplosion, die arge Verwüstungen anrichtete. In dem Keller wurde von Gasarbeitern eine neue Gasleitung gelegt. Die Leitung muß unachtsam worden sein, sodaß Gas in größeren Mengen in den Kellerraum ausströmen konnte. In dem Keller befindet sich außer einigen Kellerräumen auch die Waschküche. Da dort gerade gewaschen wurde, so brannte im Ofen der Küche Feuer. Es muß nun angenommen werden, daß das ausgeströmte Gas sich an diesem Ofenfeuer entzündet hat. Plötzlich ertönte ein furchtbarer Knall, der weithin hörbar war. In den Kellerräumen richtete die Gasexplosion großen Schaden an. Die Türen wurden herausgerissen und in die Zimmer hinein bis zu den Fenstern hin geschleudert. Alle Fensterscheiben sind zertrümmert worden und Schränke, Tische, Bettgestelle, Stühle und sonstige Möbel wurden umgeworfen und arg beschädigt. Selbst das Kellergewölbe ist von dem gewaltigen Druck der Explosion gehoben worden, und hat Risse und Sprünge erhalten, ebenso wie die umgebenden Mauern. Auch die Wohnung über dem Keller ist von der Gewalt der Explosion tüchtig mitgenommen worden. Die Fensterscheiben sind auch hier zersprungen und die Möbelfstücke im Zimmer durcheinandergeworfen worden. Zurzeit der Explosion waren in einer der Kellerräumen mehrere Kinder, die aber unversehrt geblieben sind. In einer anderen Kellerräumung war eine Frau anwesend, der die herausgerissene Stubentür auf Handbreite am Gesicht vorbeigeschleudert wurde. Von dem Knall und dem Aufdruck ist eine am Hause vorbeigehende Frau so erschreckt worden, daß sie ohnmächtig zusammenbrach. Feuerwehrmannschaften, die als ob an der Unfallstelle erschienen, sperrten die Gasleitung ab und räumten die Zimmer auf. Zu einem Eingreifen mit Apparat war kein Grund, da die Explosion einen Brand nicht verursacht hatte.

Umgefahren wurde am 26. Januar durch ein Auto mobil auf der Schmiedebrücke, Ecke Urnallnerstraße ein 8 Jahre alter Schulknabe; es wurde ihm das linke Schenkelbein stark geknickt und er mußte in ein Krankenhaus geschafft werden. Der Auf der Nikolaifraße wurde am 23. Januar ein Fischer, der den Fahrbaum überschreiten wollte, von einem Straßenbahnwagen umfahren; er erlitt Fleischwunden an den Oberarmen und Verletzungen am Kopfe. Der Verunfallte wurde bestimmungsmäßig in das Krankenhaus geschafft.

Ein selbst der hiesigen Polizei gestellt hat sich ein Mann namens Paul Potempa aus Halle a. S. Er ist gefähig, einen Einbruchdiebstahl ausgeführt und zu Ungunsten eines Bauer-Engros-Geschäfts einen größeren Geldbetrag unterschlagen zu haben.

Abhandlungskommune. Mitte. Eine auf 1000 Mark lautende Aktie Nr. 619 der Aktien-Gesellschaft Maschinenbauanstalt und Eisenwerke vorm. Th. Rißler, Gassen 1. U. ist abhandlungsgewonnen, worauf mit dem Vermerk hingewiesen wird, daß diese Aktie nur an den Herren Berlin und Breslau gehandelt werden.

Ein Mordverbrechen verhaftet. Der Schlosser Otto Penold ist wegen Mordverbrechens von der Kriminalpolizei festgenommen worden.

festgenommen worden. In seinem Besitz wurden mehrere Haus- und Stubenschlüssel gefunden, die er sich zweifellos widerrechtlich angeeignet hat. Beschädigte sollen sich im Zimmer 51 des Polizeipräsidiums melden.

Ein Rehmarschknecht statt eines Hünzlerpfeifführers bei dieser Tage ein Abkomme der Volkswacht auf der Mathiasstraße dem Sohne eines Heilungsträgers gegeben. Das Rehmarschknecht kann bei Heilig, Reimstr. 45 49 II., abgeholt werden.

Gefunden wurden eine schwarze Handtasche, ein Revolver, ein Schlüsselbund, ein schwarzer Muff, eine Invalidentasche, eine Banknote, zwei Bändchen, — Verloren wurde ein Paket, enthaltend einen Steinmardermuff, zwei Felle, zwei Steinmarderselle, zwei Vorhemden mit Inhalt und eine Handtasche mit Inhalt. Zu erfragen im Fundbureau des Polizei-Präsidiums Ursulmerstraße.

Neueste Nachrichten.

Vom Preussischen Abgeordnetenhaus.

Berlin, 30. Januar. Das Preussische Abgeordnetehaus nimmt heute seine Arbeiten wieder auf und zwar mit der ersten Beratung des Etats, die noch im Laufe dieser Woche beendet werden soll. Die Fraktionen des Hauses hatten gestern eine Sitzung abgehalten, um zum Etat Stellung zu nehmen. Es ist beabsichtigt, nach Beendigung der ersten Staatsberatung die erste Lesung des Wasserantrages und der Steuervorlagen vorzunehmen, dann die vorliegenden Interpellationen zu behandeln und im Anschluß hieran die erste Lesung der noch vorliegenden kleineren Gesetze auf die Tagesordnung zu setzen. Inzwischen dürfte die Budgetkommission, die ihre Arbeiten in der nächsten Woche wieder aufnehmen wird, diese so weit eingerichtet haben, so daß man im Plenum mit der zweiten Staatsberatung beginnen kann. Man rechnet, daß man bereits Mitte Februar mit der zweiten Staatsberatung anfangen können. Der Senatorenkonvent welcher im Vorjahre seine Sitzungen wegen mancherlei Unstimmigkeiten mit dem sozialdemokratischen Landtagern eingestellt hatte, wird auf besonderen Wunsch des gegenwärtigen Landtags wieder zusammengetreten. Seine Zusammenkunft wird bereits in den einzelnen Fraktionen beraten.

Vom Grubenarbeiterausstand in Belgien.

Brüssel, 30. Januar. Die Abgeordneten von Mons hatten gestern eine längere Unterredung mit dem Kabinettschef über den Grubenarbeiterausstand und über die einzuschlagenden Mittel und Wege zu seiner Beendigung. Der Kabinettschef versprach im Laufe der Unterhaltung, den Grubenbesitzern neue Verschläge zu machen und zwar dahingehend, den Lohn der Grubenarbeiter aufzuheben und ihn in Zukunft sehr wesentlich auszuweiten. Man hofft, daß nunmehr eine Verständigung erzielt werden wird und daß die Arbeit bald wieder aufgenommen werden kann.

Auch die Schweiz.

Paris, 30. Januar. Wie der „Gclair“ aus Bern in der Schweiz berichtet, hat der Kriegminister einen Kredit von 28 Millionen Francs gefordert, welche Summe hauptsächlich zur Abänderung der älteren Geschütze und zur Anschaffung von neuen Batterien, sowie zur Anschaffung von Munition für die Infanterie dienen soll.

Aus Persien.

Konstantinopel, 30. Januar. Die Russen befehlen ein stilliges Gebiet an der persisch-türkischen Grenze. Es fand hierauf ein äußerst blutiger Kampf statt zwischen den Russen und den Kurden, bei denen es auf beiden Seiten Tote und Verwundete gab und der den ganzen Tag über bis in die späten Nachtstunden hinein sich ausdehnte. Die Verluste sollen nach ersten Meldungen auf beiden Seiten sehr schwere sei, so erklärt man z. B., daß sich die Anzahl der Toten auf seiten der Kurden allein über 800 belaufen solle. Die Fortie erhob über diesen völkerrechtswidrigen Schritt der russischen Truppe an der Grenz in Petersburg sofort erwiderte Vorstellungen.

Festsetzungen der hiesigen Markt-Notierungskommission.

Table with columns: Weizen, Roggen, Gerste, Hafer, etc. and rows for different types of grain and their prices per 100 kilograms.

Wasserstands-Nachrichten der Oder.

Table with columns: Station, Datum, Wasserstand, etc. showing water level data for various stations along the Oder river.

Bersammlungen und Vereine.

- List of meetings and events: Gewerkschaftshaus, Bauarbeiterverband, Schuhmacher, Arbeiter-Samariter, Holzarbeiterverband, Dreher, Handlungsgesellen, Sonntag, etc.

2. Beilage zu Nr. 25 der „Volkswacht“.

Mittwoch, den 31. Januar 1912.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 30. Januar.

Stichwahl-Resultat aus Breslau (Land)-Neumarkt.

Wahlbezirk	Stichwahl		Hauptwahl		Zentr.	Frei.
	Soz. Konf.	Soz. Konf.	Soz. Konf.	Zentr.		
Landkreis Breslau.						
Distrikt 1.						
Melteschütz	27	115	23	16	106	—
Falkenowitz	47	80	44	40	29	—
Mährne	48	65	56	16	29	11
Margareth	56	61	49	16	44	—
Steine	130	88	122	38	40	—
Rindel	23	63	19	36	26	—
Grüneiche	83	34	76	28	1	11
Zimpel	21	23	27	24	1	1
Distrikt 2.						
Starenkrantz	9	272	12	165	110	2
Größ-Naditz	8	64	3	53	2	—
Wüstendorf	12	47	9	7	42	1
Klein-Naditz	23	43	26	36	7	—
Schmoitzsch	114	82	117	50	13	8
Distrikt 3.						
Seerheurel	8	34	15	26	—	13
Carlomitz	91	41	78	42	11	2
Friedenwalde	216	115	215	26	88	1
	140	45	134	42	6	—
Distrikt 4.						
Grösch-Weide	51	55	42	40	9	11
Hofenau	49	29	30	9	28	1
Kolenthal	238	112	235	63	23	40
Altenhof	17	31	15	13	18	2
Distrikt 5.						
Oswitz	233	74	219	23	17	37
Reidenhof	84	91	80	33	43	23
Rantern	62	30	62	25	2	—
Distrikt 6.						
Böselwitz I	451	126	452	49	42	115
Böselwitz II	479	105	459	33	43	69
Böselwitz III	473	136	425	41	47	119
Böselwitz IV	339	141	315	53	56	92
Distrikt 7.						
Wilsnit	166	95	154	72	12	42
Klein-Maschwitz	63	63	64	47	9	12
Distrikt 8.						
Hermannsdorf	143	122	128	80	38	14
Arnoldsmühle	33	29	29	15	7	3
Teufel	191	162	165	71	104	16
Maria-Höfchen	266	95	295	59	21	32
Klein-Neuborn	97	57	89	39	7	24
Strachwitz	41	78	32	70	15	—
Rottberg	1	46	2	42	2	—
Schaffau	7	52	7	52	—	2
Kammelmütz	—	30	—	30	—	—
Distrikt 9.						
Größ-Nachborn	237	207	220	122	93	13
Schmolz	71	222	48	199	26	21
Kalkwitz	13	112	9	82	33	2
Sadowitz	4	63	3	64	5	4
Puschwitz	21	85	16	19	71	10
Distrikt 10.						
Gräbichen	889	113	864	63	26	63
Oppelan	61	28	59	25	1	5
Peterwitz	18	82	7	70	19	1
Reibitz	5	34	3	36	6	—
Größ-Scholtzau	4	46	12	27	14	—
Boin-Neudorf	2	49	2	25	20	—
Nachschüttel	9	56	10	31	21	—
Barchwitz	19	43	15	35	13	—
Zweibrot	32	46	27	44	7	—
Distrikt 11/12.						
Kleinburg I	155	110	88	64	13	127
Kleinburg II	145	169	86	112	16	139
Arietern	161	97	151	52	17	45
Darltitz	192	48	189	19	12	19
Kettendorf	220	199	197	119	37	72
Tina	17	110	12	53	5	21
Veitern	95	33	85	17	17	13
Lohe	43	28	33	18	7	2
Domslau	59	165	48	83	10	14
Galowitz	3	43	3	31	7	—
Wiltzschau	35	68	30	65	6	3
Koberwitz	99	128	86	85	20	44
Magnitz	27	37	27	36	—	—
Anteagitz	12	34	11	29	5	1
Schänchen	31	38	31	34	1	2
Schlauz	28	134	21	127	10	4
Abrechtendorf	15	61	12	63	1	1

Wahlbezirk	Stichwahl		Hauptwahl		Zentr.	Frei.
	Soz. Konf.	Soz. Konf.	Soz. Konf.	Zentr.		
Buschowa	2	117	2	116	4	—
Größ-Sägewitz	4	66	3	65	—	—
Loranzwitz	6	66	5	62	—	—
Damersdorf	9	38	7	41	—	—
Wieritz	63	133	59	117	20	—
Schönbanowitz	85	88	24	11	81	—
Nachschönau	29	67	27	57	16	—
Gudelwitz	6	46	8	14	31	—
Priffelwitz	20	54	20	26	30	2
Größ-Bresla	14	40	10	27	11	1
Oltschitz	93	57	87	19	33	13
Distrikt 13.						
Boischwitz	116	77	111	57	8	20
Carowahne	22	64	16	52	11	—
Wessia	18	18	17	20	2	1
Nepoline	17	77	12	53	19	9
Banaern	36	126	23	47	92	4
Bozenau	11	73	11	57	21	2
Größ-Saxding	3	51	2	41	9	—
Kathfürben	69	140	73	85	42	—
Kreita	22	37	14	34	4	4
Leigwitz	5	54	2	33	18	1
Lauer	3	53	2	37	16	2
Pollawitz	9	40	3	14	27	4
Schöndorn	13	66	12	58	6	10
Dürrensch	14	39	14	37	2	—
Größ-Eltern	22	38	18	34	3	—
Distrikt 14.						
Seidzin	364	89	339	54	12	66
Lirgog	239	70	222	35	15	24
Brodan I	143	230	107	70	90	194
Brodan II	92	218	63	74	76	149
Brodan III	160	281	140	79	93	42
Märchnow	1	51	1	48	3	—
Alt-Schleisa	23	77	37	52	17	7
Mellowitz	15	63	10	67	6	1
Jenafelwitz	8	53	12	26	26	—
Wonnawitz	1	44	2	2	2	2
Schnow	11	42	4	76	13	7
Nautern wettlich	24	76	15	17	59	17
Nautern wettlich	25	64	19	31	26	21
Grunau	4	39	2	35	3	1
Distrikt 15.						
Wentz	44	49	23	38	22	21
Klein-Schwanitz	184	101	179	46	37	36
Größ-Schwanitz	147	54	139	27	20	19
Kottwitz	73	90	53	29	83	4
Tschachwitz	21	113	14	49	75	7
Lutitz	29	23	24	14	8	—
Alte Mark	7	23	5	7	18	3
Lützen	21	32	20	18	10	2
Klein-Sägewitz	33	35	24	22	24	2
Morgencau	26	14	23	9	1	6
Distrikt 16.						
Stabenitz	243	195	219	65	47	13
Herrnroitzsch	59	84	57	65	8	13
Neumarkt.						
Waltau	22	27	17	25	4	1
Stolchau	15	91	13	47	44	—
Größ-Bresla	17	72	12	68	11	—
Klein-Bresla	21	67	13	54	9	11
Brandtschütz	4	43	4	29	2	1
Leonhardwitz	16	57	10	56	11	—
Marschwitz	35	52	56	47	2	6
Witzau	47	84	35	22	71	2
Schreibersdorf	27	74	17	50	36	3
Größ-Zabor	12	65	6	34	39	—
Rantau	31	144	28	75	71	7
Ruppert	19	56	12	33	71	—
Wommig	19	15	22	11	4	—
Wolfsdorf	5	26	3	23	—	4
Distrikt 17.						
Teufel-Lissa I	199	183	162	85	63	76
Teufel-Lissa II	282	155	275	76	69	20
Goldschmieden	71	103	59	66	20	30
Borne	13	65	5	64	6	3
Größ-Weidau	30	70	22	56	6	2
Kamow	22	62	19	26	51	—
Lobowitz	21	59	12	52	15	—
Rablan	30	28	19	24	2	3
Lammersdorf	30	25	19	19	12	2
Kennitz	24	88	19	45	54	5
Leuthen	61	78	56	66	28	6
Distrikt 18.						
Teufel-Lissa	9	42	4	31	11	—
Jähnitz	1	24	—	20	7	—
Kornelwitz	4	26	2	27	2	—
Größ- u. Klein-Gohlau	24	64	13	64	12	1
Schriegnitz	6	43	1	47	2	—

Wahlbezirk	Stichwahl		Hauptwahl		Zentr.	Frei.
	Soz. Konf.	Soz. Konf.	Soz. Konf.	Zentr.		
Rathen	88	60	83	54	12	9
Kertschütz	1	51	1	45	10	—
Distrikt 19.						
Polnisch-Schweinitz	11	40	5	7	38	—
Neudorf	11	110	8	99	9	3
Schmiedewitz	19	63	14	20	49	—
Größ-Peterwitz	6	46	4	19	25	2
Kolschitz	58	180	30	185	62	9
Schmiedewitz	31	83	23	23	68	—
Wiltau	7	72	3	48	29	—
Schöbelsdorf	23	67	13	29	45	3
Natonsdorf	8	42	3	32	23	—
Schönsitz	10	58	6	44	9	1
Canth I.	29	61	23	33	35	—
Distrikt 20.						
Beilau	5	26	5	8	21	10
Landau	4	46	1	5	48	10
Größtenau	30	131	24	65	71	1
Ottitz	12	39	5	20	21	1
Kammendorf-Canth	14	44	7	32	10	8
Sachwitz	88	78	86	35	45	7
Gröschwitz	45	144	23	97	47	25
Schöbelsdorf	10	34	7	32	5	—
Reibitz	19	78	18	8	72	10
Neumarkt I.	441	477	344	306	122	136
Distrikt 21.						
Flämischdorf	55	78	87	63	18	10
Distrikt 22.						
Kammendorf-Neumarkt	15	30	8	29	4	2
Reichdorf	24	75	16	24	55	9
Bru	21	26	13	11	5	27
Schöbelsdorf	22	93	17	81	7	9
Ober-Stephansdorf	91	182	61	121	32	37
Nieder-Stephansdorf	39	36	27	13	17	17
Distrikt 23.						
Malsch	192	336	132	178	98	101
Blumersode	16	75	11	75	1	4
Wittschkau	17	65	12	62	4	1
Kamitz	27	131	22	78	50	7
Hausse	83	98	49	79	13	8
Distrikt 24.						
Lambritz	11	71	14	59	10	2
Buchwald	8	65	9	63	2	—
Oblendorf	2	51	2	45	4	—
Diesdorf	24	116	11	63	48	5
Schöbelsdorf	17	72	—	—	—	—
Schöbelsdorf	9	34	—	—	—	—
Klein-Neuborn	9	64	7	54	9	2
Reibitz	1	118	2	111	6	—
Niedersdorf	6	19	4	20	3	—
Reulendorf	3	75	1	53	24	—
Hausdorf	4	38	3	20	17	1
Distrikt 25.						
Birichen	10	73	7	63	5	4
Jenkowitz	4	62	2	62	4	—
Soblatz	2	53	11	3	70	—
Kollendorf	3	173	5	31	138	—
Weicherau	5	41	4	14	24	—
Distrikt 26.						
Boraanie	14	63	18	24	38	1
Wettlau	6	51	4	20	22	20
Nordendorf	6	80	5	41	38	5
Nieder-Strufe	23	93	6	17	84	5
Politzdorf	7	77	4	16	64	—
Wettlau	11	52	—	—	—	—
Distrikt 27.						
Nerschenow	2	54	1	54	1	—
Nieder-Wons	11	86	6	17	84	5

Schlesien, Posen und Nachbargebiete.

Schweidnitz, 30. Januar. Unser Sieg. In der „Bergwelt“ lesen wir: Der Vater der Reichsreform, Freiherr von Richthofen, ist auf der Erde geblieben. Der Volksherr hat auch ihn einseitig von der Erde, an der er 14 Jahre sein volkstümliches Wesen treiben konnte. Das es schlimm stand mit dem Reichsherrn, „Familienmandat“, das merkte man an den Anstrengungen, die von Jurem und Pfaffen gemacht wurden. Erst am Tage vor der Wahl wurde noch ein Flugblatt von den Konservativen verbreitet, das wohl an 60 Unterschriften trug. Aber auch schon am selben Abend widerrief ein Unterzeichner und erklärte: er habe geglaubt, es handle sich um eine Einladung zu einer Festlichkeit. Andere wüsten überhaupt nicht, wie ihr Name unter das Flugblatt gekommen ist. Die Versammlungskommision in Striegau und andere Abgeordnete, alles hat nichts genützt; nach 20-jähriger, nur einige Male auf Monate unterbrochener Tätigkeit und Agitation, ist es jetzt dem Genossen Feldmann gelungen, den Erbkonservativen Reichherrn von Richthofen zu verdrängen. Am Wahltag selbst ging es ziemlich ruhig zu, erst mit Eintritt der Dunkelheit wurde es lebendiger. Eine solche Welle von Menschen hatte sich in den Lokalen, in denen die Resultate bekannt gegeben wurden, noch nicht zusammengefunden, wie an diesem Abend. Traufen sah es aus, als ob der Wahlergebnisstand verhängt sei. Immer ein Polizist nach dem anderen und auch die Nachwähler mühten aufstehen, aber umsonst. Die Arbeiter haben sich auch dann, als es feststand, daß Richthofen am Boden lag, nicht vom Stagesammel hirtreiben, ließen sich also nicht provozieren. Nach Bekanntgabe des Sieges sprach Genosse Feldmann außer in Schweidnitz auch in Striegau im „Rheinischen“, in dem eine große Menschenmenge sich versammelt hatte. Unbeschreiblicher Jubel umgibt den Sieger, der dann in einer Ansprache allen denen dankt, die den Sieg mit haben eringen helfen, und brachte ein Hoch auf die Genossen aus. Ganz anders sah es bei den Konservativen aus. Als dort die ersten Resultate aus den schwarzen Orten und den Richthofendörfern eintrafen, wollte das Gebirg kein Ende nehmen, aber glücklicherweise wurde es ruhiger und als es feststand, daß das „Familienmandat“ dem v. Richthofen nicht mehr zu stellen war, da wurde es still. Ein Agrarier nach dem anderen ließ ankommen und verteilte die Güter, um auf dem Nachhausewege Berechnungen darüber anzustellen, wieviel er umsonst auf Schnaps, Zigaretten und auf Jäger für seine lieben Arbeiter ausgegeben hatte. In einem guten Teil kamen ja die Tomatenarbeiter für diese Spenden erkrankt gegeist oder zugen müssen, doch es hat nichts genützt, über Striegau-Schweidnitz weht die rote Fahne. Nicht gilt es, das Ertrugene zu erhalten suchen und zu beschützen, indem wir agieren und organisieren. Für uns gibt es keine Ruhe, sondern es zu neuer Arbeit und neuen Erfolgen!

Waldenburg, 30. Januar. Eine Straße des Unheils. Das frühere Biengau in Nieder-Hermisdorf, in dem bekanntlich vor einigen Tagen die Altpapierfabrikation aufhört, wird durch eine Gasvergiftung zum Opfer fallen, während der Chemiker sich jetzt außer Lebensgefahr befindet, war vor etwa 24 Jahren der Schauplatz eines dreifachen Mordes. Der Arbeiter, der es auf die Vererbung der Biengauer Leute abgesehen hatte, hatte heute mit einer Art Ermordung, nachdem er zuerst die ihm entgegenstehende Dienstmagd mit dieser Werdwaße getötet hatte. In den Verdacht, die schreckliche Missetat verübt zu haben, kam der Bergarbeiter Dreißer aus Nieder-Hermisdorf, der auch verhaftet wurde, aber mangels ausreichender Beweise wieder freigelassen werden mußte. Einige Zeit darauf war Dreißer verhaftet worden. Man fand ihn schließlich als Leiche in dem von der Herd-Schacht, wo er seinem Leben durch Ertrinken ein Ende bereitet hatte.

Die Verurteilung der Opfer der Vergiftungsaffäre, die Sonntag Nachmittag dem Trauerhause in Hermisdorf ausstand, geschah heute in einer großen Kundgebung. Schon von Mittag ab waren sämtliche zur Verfügung stehenden Plätze der Elektrischen in Wien und überfüllt. Vom kaiserlichen Kirchhof in Waldenburg aus bis zum Trauerhause in Hermisdorf glich die Straße einer schwarzen Schlange. Menschen drängten auf und ab; und als nach langem Warten endlich der Trauerzug ankam, sah man zu beiden Seiten der Straße ungeheure Menschenmassen bisgedrängt stehen. Der kaiserliche Kirchhof in Waldenburg, wo die Beerdigung erfolgte, mußte teilweise abgebrochen werden. Altpapiermeister Wirth, der am Freitag aus dem Lazarett entlassen wurde, war unter der Trauergemeinde. Er sah noch sehr abgemagert und müde aus, was angesichts der fürchterlichen Katastrophe auch nicht anders zu denken ist.

Friedland, Bes. Breslau, 30. Januar. Im Polizeigefängnis verbrannt. Einen schrecklichen Verbrennungstod erlitt der domizillöse Schuhmacher Josef Falge, der in Hohenheide in Polizeigewahrsam angenommen worden war. Während der Nacht ist er, in seiner Zelle dem heißen Ofen zu nahe gekommen, wobei seine Kleider Feuer fingen. Er erlitt so erhebliche Brandwunden, daß er im Krankenhaus gestorben ist.

Neurode, 30. Januar. Der Schießvorzugel. Ein bewährter Anglist, hervorgehoben durch geradezu kräftigen Leichtsinn, ereignete sich hier wieder einmal. In der Küche des Gasthofes „Zum gelben Stern“, Lehnstrasse, stieß der Sohn des Besitzers im Scherz auf den zufällig anwesenden kleinen Sohn des Herrn A. Anlauf mittelst einer Luftschleife. Der Schuß ging los, und die Kugel drang dem unglücklichen, erst vier Jahre alten Kinde direkt unter dem Augapfel tief ins Fleisch. Der sofort zu Rate gezogene Arzt ordnete Heilbehandlung in eine Klinik nach Breslau an. Das Bekümmerte sind wohl wahrnehmlich um das Auge kommen.

Striegau, 30. Januar. Raubmord. Der Tod den Menschen an. Nur nach Arbeitschluss wurde die in der Jahnhäuser-Abteilung der Altpapierfabrik für Säulen-Industrie beschäftigte Arbeiterin Selma Frenzel von hier vom Tode ereilt. Als sie sich um 6 Uhr nach Hause begeben wollte, wurde ihr beim Ansteigen plötzlich nach dem Kopf ein Schlag mit einer Eisenkeule auf dem Hinterkopf gesetzt. Der Verstorbenen war 34 Jahre alt und unverheiratet.

Sirchberg, 30. Januar. Eine Drahtseilbahn nach dem Hochstein? Man schreibt dem „Boten“ aus Schreiberhau: Hier wird der in Aussicht genommene Bau einer Drahtseilbahn nach dem Hochstein lebhaft besprochen. Die Bahn soll dicht am Gasthaus „Deutscher Kaiser“ ihren Ausgang nehmen und wird bei einer Länge von etwa 900 Metern eine Steigung von rund 30 Metern überwinden. Dieser Bahnbau — der erste derartige im Gebiete des Riesens- und Berggebirges, steht in Verbindung mit dem in baldiger Aussicht liegenden Bau eines größeren Gast- und Logierhauses auf dem Gipfel des Hochsteins, dieses schätzen und noch lange nicht genug gewürdigten Aussichtspunktes in Schlesien. In die Spitze des Untersteins

haben sich eine Anzahl kapitalkräftiger Besitzer in Weißbachthal gestellt.

Sirchberg, 30. Januar. Eine seltene Himmelserscheinung konnte am Donnerstag in der dritten Nachmittagsstunde beobachtet werden. Es war eine „Polarsonne“, wie sie in hohen Breiten graden zeitweilig vorkommt, bei uns aber, wie die „Breslauer Morgen-Zeitung“ berichtet, vielleicht in 20 Jahren einmal zu sehen ist. Vor der untergehenden Sonne lag eine ganz dünne Wolkenschicht; um die Sonne bildete sich ein großer, fast geschlossener Kreis von etwa 40 Grad Durchmesser, also von ziemlich beträchtlicher Größe. Der Kreis reichte 30 Grad am Himmel empor und zeigte scharf die Regenbogenfarben. Rechts und links bildeten sich in diesem Regenbogen in gleicher Höhe mit der eigentlichen Sonne zwei weisse, schwebende Flecken, zwei Nebensonnen. Einzelne Nebensonnen sind bei uns öfter zu sehen. Die prächtige Erscheinung bestand fast eine halbe Stunde.

Sirchberg i. Schl., 30. Januar. Todesfall auf dem Bergsteigen. Der auf einer Hochgebirgstour befindliche Justizrat Rosenthal aus Kottbus erlitt in der Nähe der Riesenbaude einen Schlaganfall und war sofort tot.

Grünberg, 30. Januar. Großer Silberdiebstahl. Im Schloß des Grafen Etzsch in Polnisch-Kessel waren in einem sonst nicht benützten Zimmer die Sachen des in Amerika weilenden Bruders des Grafen aufbewahrt. Bei einem nächtlichen Einbruch wurden nun sämtliche Silbergegenstände gestohlen. Man will den Einbrechern, es handelt sich um mehrere, auf der Spur sein.

Ologau, 30. Januar. Ein Opfer seines Berufes. Der Oberarzt Hermann Wialonski vom Infanterie-Regiment Nr. 88 geworden. Oberarzt Wialonski zog sich bei einer Operation eine Blutvergiftung zu, an deren Folgen er am Sonntagabend verschied.

Ologau, 30. Januar. Selbstmord. Der Viehhändler Ulrich besorgte nach dem Tode seiner Frau mit seinem geisteschwachen Sohn, der das Sattlerhandwerk erlernt hatte, die häusliche Wirtschaft. Wegen einer geringfügigen Klage acedierten Sohn und Vater in einen heftigen Streit. In einem unberechneten Augenblick ergriff der zeitweilige zu Trübstan neigende junge Mann ein Messer und brachte sich eine so schwere Verletzung am Daße bei, die trotz ärztlicher Hilfe im Krankenhaus seinen Tod herbeiführte.

Guhrau, 30. Januar. Feuer. Sonntag früh gegen 2 Uhr brach in dem Trockenraum der Guhrauer Stärkefabrik zu Nechlau — die Trockenanlage befindet sich direkt unter dem Kesselhause — Feuer aus, welches bei dem dort lagernden Material reiche Nahrung fand und bald auch auf den nebenliegenden Raum, in welchem sich die Reibemaschine und Mühle befanden, übergriff. Beide Anlagen mit samt dem Dachstuhl wurden von dem Feuer vollständig zerstört. Die Entstehungswache des Feuers ist bisher unbekannt geblieben.

Guhrau, 30. Januar. Zum Eisenbahnunfall auf der Kleinbahn Liegnitz-Koblenz, dem auf einem Nebenbahn bei Pocke hienigen Kreises ein junges Menschenleben zum Opfer fiel, wird uns noch geschrieben: Der genannte schmerzlose Liebergang bildet schon seit seiner Errichtung den Schrecken aller Gefährte. Nur einige hundert Meter von der gefährlichen Stelle entfernt, die zudem dort eine Kurve darstellt, befindet sich ein kleines Gehölz, das nicht allein den freien Ausblick hindert und die Lichter der Lokomotive erst im letzten Augenblick erkennen läßt, sondern auch das Lärmwerk leicht überhört läßt. Auf die Aufforderung der durch bedeutenden Materialschaden geschädigten Firma sollen sich bereits eine Anzahl Personen — auch Aufseher — gemeldet haben, die nur mit knapper Not der Gefahr des Ueberfahrens entgangen waren und die dem Gebiete einer Schranke die ganze Schuld heimesen. Uebel angebrachte Sparmaßnahme hätte somit ein Unglück verhindert, dem ein als äußerst mürhern und zuverlässig bekannter Arbeiter zum Opfer fallen mußte.

Guhrau, 30. Januar. Beherrschene Ordnungsmaßnahme. Der Direktor Ost der Nechlauer Stärkefabrik ist plötzlich seiner Stellung enthoben worden. Es ist ein bedeutendes Unerwartetes in der Verwaltung — man spricht von 30 000 Mk. — vorgekommen sein. Keine Partien dürften seinen Gehalt überschritten haben, das wohl mindestens demjenigen von zehn Arbeiterfamilien entworfen hätte. Wie es überhaupt möglich war, Vermutungen in solcher Höhe trotz mangelhafter Kontrolle vorzunehmen und zu verbergen, ist rätselhaft. Jedenfalls werden die Fabrikteilhaber, die zum größten Teile aus kleinen und mittleren Landwirten bestehen, und die schon seit langem redor Vergütung noch dividenden erhalten hatten, arg geschädigt werden. Zu allem wurde in der Nacht vom Sonntag zum Montag die Trockenanlage durch Feuer vollständig zerstört.

Guhrau, 30. Januar. Agrarischer Wahlterror. Wie müß die Konservativen auf dem Lande unter Mißbrauch ihrer wirtschaftlichen Macht Wahlen machen, zeigt so recht ein Brief, den uns ein Genosse aus dem Kreise Goldberg-Dagnau schreibt:

Lieber Freund!
Teile dir mit, daß wir nicht zur Wahl gehen durften. Unser Inspektor hat seinen Leuten verboten zu wählen. Auch ist ein Zettel vom Gemeindevorsteher in Dorf herumgegangen, daß nicht gewählt wird. Das ist doch keine freie Wahl! So wird es auch in anderen Dörfern geweisen sein.

So unter Genosse. Er glaubt sich entschuldigen zu müssen, daß nur eine Stimme dort bei der Stichwahl für uns abgegeben wurde. Die eine Stimme aber, von der ganzen Partei abgegebenen Stimmen, wiegt mehr wie hundert andere. So aber mißbrauchen die Konservativen ihre Macht und glauben ihre Arbeiter als Stimmzettel behandeln zu können. Wie lange aber noch? Schon beginnt es unter den ländlichen Arbeitern zu tagen. Bei den Hauptwahlen haben sie sich wider gehalten und stundenweite Wege nicht geizert, um für uns kräftig einzutreten. Auch bei den Stichwahlen haben eine ganze Reihe Orte ihren Mann gestellt. Wo dies aber nicht möglich war, hat man räthelnd sich der Gewalt gefügt. Schon die Zeit, daß man nicht das unwürdige Ansehen fühlte, daß man erlaubt sich vor den städtischen und ländlichen Genossen für den Stimmverlust entschuldigen zu müssen, zeigt, daß es bergab geht mit der konservativen Herrschaft. Eine zum Denken erwachte Arbeiterkraft wird auch im letzten Winkel mit dem konservativen Terror aufträmen und dafür sorgen, daß bei den nächsten Wahlen, allen Inspektoren und Gemeindevorstehern zum Trotz, Genosse Dietrich noch gewählt wird. Die ländlichen Arbeiter sind mit in unsere Reihen getreten und gemeinsam werden wir den gemeinsamen Feind niederringen.

Liegnitz, 30. Januar. Der liberale Parteisekretär Mieleit und seine geistigen Waffen. Wie die hiesige konservativ Zeitung meldet, wird Herr Mieleit demnächst vor Gericht wegen Hausfriedensbruch und Sachbeschädigung zu verantworten haben. Diese Strafsachen ließ er sich am Stichwahltag in Köschwitz, Kreis Liegnitz, abziehen.

Schulden kommen, dort soll er auf die Aufforderung des Wahlvorstandes das Wahllokal nicht verlassen haben, so daß der Gastwirt, von seinem Hausrecht Gebrauch machte, dann hat er die von den rechtsstehenden Parteien angeschlagenen Plakate, die zur Stimmenthaltung aufforderten, heruntergerissen.

Wir erwähnen diesen Vorkang nur, weil der Freisinnige „Vole aus dem Riesengebirge“ sich des Guten nicht genug leisten kann um von Kinderen und Zungenjungen zu hören — alles zur höheren Ehre des Volksmannes Schiller zu fassen, weit angehend in Sirchberg in der Nacht vor dem Stichwahltag Genossen liberale Plakate von den Anschlagläuten gerissen, beim Überfließen haben sollen. — Während man in Dittichberg annimmt, daß es Genossen waren, welche die entsetzlichen zu verurteilenden Plakatattaden vollführt — ist Herr Mieleit dieser Taten überflüht! — Das ist jedenfalls etwas anderes!

Liegnitz, 28. Januar. Stichwahl-Dumori! Im Abstimmungsbezirk I (Ambrosius Witzchen) wurde ein Stimmzettel mit folgender Aufschrift abgegeben:
Entlobungsanzeige.

Die blühende, langjährige Verlobung meiner palästina-sischen Pflegetochter
Kloa Fischbed
mit Herrn Dietrich Moter und erkläre ich, eingetretener Umstände wegen, für heute aufgelöst; eine Annäherung an den frommen Vetter Leopold Conrad Schwarzblau wird beabsichtigt.

Germania, verehelichte Wehmann-Dollweg verwitwete Bismarck.
Liegnitz, Kgl. Residenzschloß, den 25. Januar 1912.
Armer Fischbed! Das hat Herr Bismarck in seiner Erklärung gegen die liberale Stichwahlparole zustande gebracht!

Sibyllenort, 30. Januar. Ertrunkene. Sonnabend mittag brachen im hiesigen Schloßteich die beiden hochjährigen Knaben Kallbrenner und Zeigig ein, da sie eine aufgehakte Stelle betraten, welche noch nicht festliegend zugeworren war. Sie wurden bewußtlos aus dem Wasser gezogen; Wiederbelebungsvoruche waren erfolglos.

Militz, 29. Januar. Eine niedliche Tiergeschichte. Der Besitzer der Mühle in Militz, Kreis Kottbus, Brand, besitzt eine kleine Pühdin, die vor kurzem Junge warf. Da es lauter Mündchen waren, schaffte sie Herr Brand weg. Zur selben Zeit hatte aber auch die Pühdin ein Junge. Von dieser ließ Herr Brand nur eins liegen. Nun wollte es der Zufall, das die Käse Güt fraß und eines Tages tot aufgefunden wurde. Herr Brand junior brachte das schon halb erstarrte Käzchen der ihrer Kinder verabschiedeten Pühdin, die es auch liebevoll aufnahm, an ihm bis heute treue Mutterpflichten versteht und es nach Kräften verteidigt, wenn ihm andernhand Gefahr droht. Nun ist aber das Käzchen soweit daß es seine Lagerstatt ab und zu verläßt. Dann aber hat die Pflegemutter keine Ruhe, sie sucht so lange, bis sie es gefunden hat, ummt es sanft am Kraagen und tragt es ins Lager zurück. Wenn sich Herr Brand den Spatz maht und das Käzchen formimnt, dann stellt sich die bezorgte Pflegemutter auf die Hinterbeine und bettelt so lange, bis Herr Brand es zurücklegt.

Gnesen, 30. Januar. Verhaftung der Posener Einbrecher. Die drei Einbrecher, die in der Nacht zum Freitag in Posen und zwar in der Neuen Posener Brauerei und bei der Spektionsfirma Freudenreich u. Cynla je einen schweren Einbruch verübt hatten, sind von der hiesigen Kriminalpolizei verhaftet worden. Die bereits ausgesprochene Vermutung, daß es sich um Berliner Einbrecher handelt, bestätigt sich. Die Verbrüder heißen Wilhelm Bauer, Gustav Mittelstädt und Paul George; der eine will ein Schloßler, die anderen Reisender bezw. Stukkateur sein. Bei ihnen wurden die vier in der Neuen Brauerei zu Posen geschlichen, und zwar auf 5000, 500, 200 und 100 Mark lautenden Falschbillsche, eine Darfschaft von etwa 300 Mark und mehrere seltene Münzen, die anscheinend der Firma Freudenreich u. Cynla geraubt wurden, vorgefunden. Sie schrien in dem Spektischen Restaurant ein und zechten tüchtig. Spät in der Nacht kam es unter ihnen zu Streitigkeiten, da der eine bei der Verteilung der Beute zu kurz gekommen sein will. Dem Wirt waren sie bereits an diesem Abend aufgefallen, namentlich dadurch, daß sie Zubillungs- und Anordnungsmlingen in Zahlung gaben. Als er dann von den Posener Einbrüchen las, schöpfe er Verdacht und stellte seine Beobachtung der Polizei mit. Dieser gelang es, einen der Einbrecher auf dem Bahnhof zu verhaften, als er im Beise war, nach Posen abzureisen. Von diesem erfuhr der Kriminalbeamte, daß die beiden anderen noch in einem Hotel logierten; dort fand er indes das Nest bereits leer. Aber im Laufe des Tages wurden auch die beiden anderen Verbrüder hinter Schloß und Riegel gebracht. Wilhelm Bauer spielt im Justizgefängnis den „unbilden Mann“. Ohne die Aufmerksamkeit des Wirtes wäre die Ermittlung der Täter schwerlich gelungen.

Briefkasten

A. Wleka. Da Sie noch nicht 21 Jahre alt sind, ist der Verma überhaupt unglücklich und Sie können zum Zahlen nicht verpflichtet werden. Schicken Sie uns die Papiere, die Sie vom Gericht erhalten haben, damit wir Ihnen noch näheres sagen können.

Weslau. Wenn es sonst bei der Wahl ordnungsmäßig zuging, dürften die nicht amtierenden Herren vom Wahlvorstande im Wahllokal Stat spielen.

Z. Wollrauerstraße. Wegen der Anträge auf Krankenrente oder Heilverfahren gehen Sie bitte sofort ins Magistratsbureau XII, Herrenstraße 28 (Mittagsstunden von 8 bis 3 Uhr); dort werden Sie alles Nähere erfahren. Nehmen Sie die Quittungskarte und die Aufrechnungsbelegmungen mit. Wer Krankenrente haben will, muß mindestens 200 Markten geleistet haben; das Heilverfahren kann schon bei weniger Markten übernommen werden.

R. R. 99. Sie sind nicht verpflichtet, auf den Vorschlag des Hauswirts einzugehen; Sie müßten dann aber jetzt kündigen und am 1. März ausziehen.

G. L. Wollrauerstraße. Ihr eingeschicktes Gedicht ist leider nicht zu verwenden.

Dr. 50. I. C. 1. Allgemeiner Körperschwäche infolge zurückgebliebener Entzündung oder nach unlangem überstandenen Krankheiten oder Verletzungen, die zeitig untauglich machen.

Dr. 51. C. 20. Krankheiten der Schuhschnecke des Auges (Eber, Bindehäute, Tränenwege). D. 49. Herzkrankheiten, die die körperliche Leistungsfähigkeit nicht wesentlich beeinträchtigen.

G. 39. Ologau, Nein.
Luiferthal b. Brieg. Die Tochter muß dort aufstehen, wo sie von Ihnen vertrieben worden ist.
D. Streblenerstraße. Nein, wegen Verleumdung können Sie in diesem Falle nicht klagen.

F. Köniashütte. 1. Lautet das Urteil dahin, daß die Kosten von Ihnen zu tragen sind, dann müssen Sie zahlen, sonst aber nicht. 2. Sie dürfen diesen Betrag von der Miete abziehen.

Nur 10 Pfennig kosten 2-3 Teller vorzüglicher Suppe
MAGGI'S Suppen mit dem Kreuzstern.
Man verlangt ausdrücklich **MAGGI'S Suppen!**
In kürzester Zeit nur mit Wasser herzustellen.
444